

Ausgabe
2/2018

Bayerische Sozialnachrichten

Mitteilungen der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern



Foto: Wikipedia Dontworry - Landgericht Frankfurt

**Demokratie stärken
Menschenwürde schützen**

Liebe Leserin,
Lieber Leser,

vielfach feiern wir in diesem Jahr das 100-jährige Jubiläum der Bayerischen Verfassung und erinnern daran, dass vor 70 Jahren der Bayerische Freistaat ausgerufen wurde. Zugleich ehren wir die Vordenker und Persönlichkeiten, die sich unermüdlich und ohne Rücksicht auf die eigene Person, dafür eingesetzt haben.

70 Mitgliedsorganisationen haben sich im Bündnis für Toleranz zusammengeschlossen und treten heute engagiert für die Stärkung der Demokratie und den Schutz der Menschenwürde in Bayern ein.

„Demokratie muss gelebt werden“, darauf weist Landtagspräsidentin Barbara Stamm hin, denn Demokratie ist mehr als eine Staatsform.

Diese garantiert uns individuelle Freiheiten und Rechte, den Schutz von Minderheiten, die Kontrolle der Regierung, Transparenz und Möglichkeiten zur Partizipation.

Aber die Demokratie ist Belastungen ausgesetzt. Es gibt Kräfte die eine Spaltung der Gesellschaft wollen.

Eine Bestandsaufnahme zum Rechtspopulismus und zur Neuen Rechten in Deutschland liefert Henning Flad. Und das im Kontext aktueller Ereignisse und erschreckender Zahlen.

Gefragt haben wir vier Mitglieder des Bayerischen Landtags aus verschiedenen Fraktionen zu den Herausforderungen der terroristischen, der extremen und der populistischen Rechten. Die zu führende Debatte - auf der Grundlage der Antworten - ist vielversprechend, denn deutlich erkennbar ist eine klare gemeinsame Linie.

Diese klare Linie ist auch Handlungsmaxime des kommunalen Netzwerkes in München. Die Ausweitung



der Handlungsstrategie „gleichzeitiger Problemwahrnehmung und Maßnahmen zur Bekämpfung demokratie- und menschenfeindlicher Tendenzen“ ist vielversprechend. Ein Netzwerk, wie es viele Städte in Bayern gut gebrauchen könnten.

Beispiele arbeiten auch Frau Dr. Nischler-Leibl, Leiterin des Referats Radikalisierungspraevention und Frau Dr. Schellenberg, Leiterin des Projektes „Den Menschen im Blick“ heraus.

„Warum die Anstrengung sich lohnt“ benennt Dr. Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland. Wer Angst hat, sehnt sich nicht nach Freiheit, sondern nach starken Führern. Freiheit hingegen bedeutet immer auch Verantwortung. Gerech werden wir ihr nur, wenn wir mit dieser auch umgehen.

Das „Nie wieder“ der Überlebenden ist Verpflichtung die Menschenwürde schützen und mahnt uns in besonderer Weise die Demokratie zu stärken.

Es gilt auch für die Zukunft: „Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir widerspruchslos hinnehmen.“

Arthur Schopenhauer (1788-1860)

Thomas Eichinger, Landrat
Vorsitzender der LAG Ö/F

INHALT

Demokratie stärken Menschenwürde schützen

Bayerisches Bündnis für Toleranz S. 3

Demokratie muss gelebt werden S. 5

Rechtspopulismus und Neue Rechte
in Deutschland - eine
Bestandsaufnahme S. 8

Nachgefragt... S. 11

Kommunales Netzwerk in München S. 17

Demokratieförderung
und die bayerische
Radikalisierungsprävention S. 20

Zwischenruf

Ministerpräsident Dr. Markus Söder S. 22

Den Menschen im Blick. S. 23

Warum die Anstrengung sich lohnt S. 26

Praxis

„Wenn ihr es überlebt hat,
erzählt davon“ ... S. 27

Beratung und Unterstützung für
Betroffene rechter Gewalt in Bayern S. 29

Digitale Transformation und Werte S. 30

Mitgliedsorganisationen

Die Betreuungsvereine in Bayern
brauchen Ihre Unterstützung! S. 31

Buchtipp / Veranstaltung S. 36

Bayerisches Bündnis für Toleranz
„Demokratie find' ich gut“ S. 38

Bayerisches Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen

Entstehung und Struktur

Es war die Initiative der Kirchen, der Jüdischen Gemeinden, des DGB und des Bayerischen Innenministeriums, die 2005 das „Bayerische Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ gemeinsam ins Leben rief. Aktuell sind 70 Mitgliedsorganisationen im Bündnis vertreten – mit Ausnahme des Gründungsmitglieds „Festspielstadt Wunsiedel“ sind alle Mitglieder landesweite Akteure.

Staat und Kommunen bilden die erste Säule des Bündnisses, und zwar die Ministerien des Inneren, für Kultus und für Soziales, der Bayerische Landtag und die drei kommunalen Spitzenverbände. Die zweite Säule besteht aus den Religionsgemeinschaften mit den beiden großen und weiteren kleinen Kirchen und den Jüdischen Gemeinden bzw. ihrem Dachverband. Die größte Gruppe stellt die Zivilgesellschaft als dritte Säule. Vertreten sind die Arbeitswelt (u.a. DGB und Arbeitgeber), die Schulen (u.a. Verbände der Lehrkräfte und der Schüler/innen), der Sport (BLSV, Sportschützen etc.). Ebenso die Bayerischen Wohlfahrts- und Helferverbände, die Jugendverbände, die Berufsverbände (u.a. Bayerischer Bauernverband und der Hausärzterverband). Des Weiteren sind die Erwachsenenbildung, die kirchlichen und die politischen Akademien, die Gedenkstätten und die Stiftungen zu nennen. Jüngst aufgenommen wurden die Feuerwehren und der Flüchtlingsrat. In dieser breiten Struktur repräsentiert das Bündnis das politische und gesellschaftliche Bayern.

Das zweimal jährlich tagende Plenum und der Geschäftsführende Ausschuss sind Organe des Bündnisses. Der Ausschuss ist der einzig institutionalisierte Ort Bayerns, in dem die maßgeblichen staatlichen, kommunalen, religiösen und zivilgesellschaftlichen Akteure des Handelns gegen Rechtsextremismus sich regelmäßig treffen, austauschen und koordinieren.

Der Evangelisch-Lutherische Landesbischof fungierte von Beginn an – auf Dr. Johannes Friedrich folgte Dr. Heinrich Bedford-Strohm – als Sprecher des Bündnisses. Stellvertretend agiert Frau Bettina Nickel, Rechtsanwältin und stellvertretende Leiterin des Katholischen Büros.



Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Email: Landesbischof@elkb.de

Im Jahr 2007 – zwei Jahre nach der Gründung – wurde im Evangelischen Bildungszentrum Bad Alexandersbad die Geschäftsstelle des Bündnisses eingerichtet. Seit diesem Zeitpunkt wird die Arbeit des Bündnisses durch hauptamtliche Mitarbeiter*innen unterstützt.

Im selben Jahr wurde, ebenfalls in Bad Alexandersbad, die „Projektstelle gegen Rechtsextremismus“ ins Leben gerufen – die im vergangenen Jahr ihr 10-jähriges Bestehen feiern durfte. Die Projektstelle versteht sich als operativer Arm des Bündnisses. Sie berät, unterstützt und begleitet sowohl die Mitglieder des Bündnisses als auch regionale Akteur*innen vor Ort in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus. Darüber hinaus hält sie Vorträge, bietet Seminare oder Fortbildungen an, nimmt an Podiumsdiskussionen teil oder unterstützt bei anderen Projektvorhaben. In der Projektstelle können außerdem thematische Ausstellungen entliehen werden.

Arbeitsformen

Aufgrund der Struktur der einzelnen Mitgliedsorganisationen ist es dem Bündnis nicht möglich, selbst politische Kundgebungen, Versammlungen oder Demonstrationen durchzuführen.

Aus diesem Grund liegt der zentrale Fokus der Arbeit auf Prävention, Information und Motivation möglichst vieler Menschen für die Demokratie. In diesem Zusam-

menhang organisiert das Bündnis regelmäßig in enger Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsorganisationen öffentlichkeitswirksame Präventivveranstaltungen. Stellvertretend für die vielen Veranstaltungen seien an dieser Stelle nur drei herausgegriffen: Aus dem Bereich Sport die Aktion „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ auf bayerischen Fußballplätzen (mit dem Bayerischen Landessportverband), die Aktion „RESPEKT“ auf 20 innerstädtischen Plätzen bayerischer Städte (mit AGABY) sowie die Aktion „Maibaum für Toleranz“ in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Bauernverband und seinen drei Jugendverbänden.

Wirkung

Eine ähnliche Netzwerkstruktur wie das „Bayerische Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ gibt es in keinem anderen Bundesland. Nirgendwo existiert ein vergleichbares Zusammenwirken von staatlichen, religiösen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Allerdings existiert in vielen Bundesländern eine landesweite Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Akteure.

Die größte Wirkung der Projektstelle entsteht durch ihre Sprachfähigkeit mit nahezu allen Akteuren, die in Bayern in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus agieren. Das betrifft beispielsweise sowohl den Verfassungsschutz als auch die zivilgesellschaftlichen Bündnisse vor Ort – ein breites Spektrum, das untereinander von großen Spannungen und strukturellen Unvereinbarkeiten geprägt ist. Gerade das macht es umso wichtiger für alle Beteiligten, dass das Bündnis als Gesprächspartner von all diesen Akteuren akzeptiert wird.

Auf Bundesebene hat sich vor zwei Jahren die „Allianz für Weltoffenheit“ gegründet und hat nach dem Vorbild des Bayerischen Bündnisses für Toleranz eine bundesweitere Trägerstruktur aufgebaut.

Ausblick: eine qualitativ völlig neue Herausforderung

Heute besteht innerhalb des demokratischen Spektrums kein Zweifel an der Notwendigkeit für alle Akteure aus Staat, Religionsgemeinschaften, Kommunen und Zivilgesellschaft, sich eindeutig gegen Rechtsextremismus zu positionieren und dort keine unklaren Haltungen zu zeigen. Doch es war ein langer Weg bis zu diesem Einvernehmen.

Noch vor etwas mehr als einem Jahrzehnt war der an Karl Valentin angelehnte Spruch: „Die ignorieren wir nicht mal“ eine häufige Reaktion. Es herrschte die Angst vor, Neonazis durch Gegenaktionen noch aufzuwerten. Das Umdenken in Bayern begann erst

durch aufreibende Erfahrungen mit Orten besonderer rechtsradikaler Präsenz wie Wunsiedel und Gräfenberg, Halsbach, Murnau und Oberprex.

Doch es war ein nachhaltiges Umdenken: Inzwischen herrscht Konsens darüber, dass nicht widerspruchlos zugehört werden soll, wie Neonazis mit menschenfeindlichen Parolen durch die Straßen Bayerns marschieren. Heute sind sich Akteure einig, dass es vor allem präventive Arbeit braucht: in der Arbeit mit allen Altersgruppen, in der Bildungsarbeit ebenso wie bei den Wohlfahrtsverbänden. Zum Glück stehen schon jetzt viele Institutionen entschlossen für ein aktives Engagement für eine tolerante und respektvolle Gesellschaft.

Doch es mangelt nicht an neuen Herausforderungen: schon seit einiger Zeit stellt eine „Neue Soziale Bewegung von rechts“ – das Phänomen Rechtspopulismus in Verbindung mit der intellektuellen Neuen Rechten – diese klare Positionierung gegen alle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Frage.

Jetzt gilt es, die Unterschiede zwischen Neonazismus, Rechtspopulismus und Neuer Rechten zu erforschen. Wo man Neonazis klar an ihren nationalsozialistischen und rassistischen Ideologien und an ihrer hohen Gewaltbereitschaft identifizieren konnte, fällt es heute schwerer, sein Gegenüber zuzuordnen. Heute schwindet die Angst vor sozialer Ächtung aufgrund von rechtsradikalen Aussagen immer mehr – menschenverachtendes Gedankengut wird immer „gesellschaftsfähiger“, gerade auch durch eine ausgeprägte Selbststilisierung der Akteure als Märtyrer und Opfer. Ideologische Überzeugungen werden nicht mehr so offen nach außen getragen, sondern im Gegenteil häufig verschleiert.

Als Bayerisches Bündnis für Toleranz sehen wir unsere Aufgabe darin, besonders jetzt ruhig und sachlich zu bleiben. Die Würde des Menschen ist und bleibt unantastbar – im wahren Leben ebenso wie in den sozialen Medien! Diese Grenze muss immer wieder benannt und v.a. auch selbst eingehalten werden.

Es ist wichtig, nicht nur gegen etwas, sondern für etwas einzutreten. Wir als Bayerisches Bündnis für Toleranz treten leidenschaftlich für Demokratie, Menschenrechte, Vielfalt und Respekt ein! Und wir sind überzeugt davon, dass wir auf diese Art den mühsamen Weg zu einer erfolgreichen Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Tendenzen auch weiterhin erfolgreich gehen können. Auch dann, wenn ein Ende dieses Weges noch lange nicht absehbar ist.

„Demokratie muss gelebt werden“

2018 ist ein besonderes Jahr für Bayern, in dem zwei herausragende Jubiläen im Mittelpunkt stehen: Der Erlass der Bayerischen Verfassung von 1818 und die Ausrufung des Freistaats 1918. Wir blicken zurück auf zwei historische Ereignisse, die unser Land entscheidend geprägt und den Weg zu einem modernen Rechts- und Verfassungsstaat ermöglicht haben. 200 Jahre Bayerische Verfassung und 100 Jahre Freistaat Bayern sind ein freudiger Anlass und gleichzeitig eine Möglichkeit, Bilanz zu ziehen und uns zu fragen: Wie steht es um unser Zusammenleben im Freistaat heute?

Das Jubiläumsjahr 2018 verdeutlicht uns, dass die Geschichte unserer (bayerischen) Demokratie viel länger als sieben Jahrzehnte zurückreicht. Und doch war die Verfassung des Freistaates Bayern von 1946 nach Jahren der Gleichschaltung im Nationalsozialismus und der Zeit der US-amerikanischen Militärregierung eine Zäsur. Die Mütter und Väter der Bayerischen Verfassung standen vor einer enormen Herausforderung: Es galt, nach einem furchtbaren Weltkrieg wieder eine friedliche, demokratische Werteordnung zu schaffen und eine Verfassung zu finden, die den Menschen in Bayern eine Zukunft mit allen Chancen eröffnet. Heute leben wir in Frieden, Freiheit und Demokratie, nie hat es in der Geschichte Bayerns eine längere kriegsfreie Zeit gegeben als in den letzten 70 Jahren. Der größte Teil der heutigen Bevölkerung Bayerns wurde in eine funktionierende Demokratie hineingeboren. Nur wenige mussten Krieg, Leid, Vertreibung, Hunger und Not am eigenen Leib erfahren. Das mag dazu verleiten, die Werte der Verfassung als selbstverständlich anzusehen.

Demokratie ist jedoch weit mehr als nur irgendeine Staatsform, sie garantiert uns das, worauf wir unser Leben gründen: individuelle Freiheiten und Rechte, Schutz von Minderheiten, Kontrolle der Regierung, Transparenz und Möglichkeit zur Partizipation. Die Menschen können Vertrauen haben in unser politisches System, denn die Gewalten sind so verteilt, dass Konzentration und Missbrauch von politischer Gewalt ausgeschlossen sind. Wir erleben aber auch, dass es Kräfte gibt, die hier sehr zerstörerisch wirken können. Kräfte, die auf eine Spaltung der Gesellschaft abzielen und die uns zeigen: Unsere Demokratie ist immer wieder Belastungsproben ausgesetzt.

Dabei sollten wir uns stets vergegenwärtigen: Unsere Demokratie ist nicht nur mühsam errungen worden, sie muss auch fortwährend neu justiert werden. Aus der Erfahrung unserer Geschichte heraus tragen wir eine



Barbara Stamm, MdL

Präsidentin des Bayerischen Landtags

Email: Barbara.Stamm@bayern.landtag.de

besondere Verantwortung, die Werte der Verfassung im Bewusstsein der Bevölkerung zu festigen. Das Verständnis für grundlegende demokratische Prozesse muss dabei immer wieder neu vermittelt und von jeder Generation erworben werden. Nur so kann demokratisches Bewusstsein gefestigt und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit gestärkt werden. Jeder Einzelne von uns legt durch sein gesellschaftliches und politisches Engagement sowie sein Interesse für aktuelle Themen und Entwicklungen die Grundlage für einen funktionierenden Staat. Das Parlament mag zwar das demokratische Zentrum unseres Staates sein und in symbolhafter Weise die Demokratie verkörpern. Wahlen allein machen aber noch keine wahre Demokratie aus – wie der ehemalige amerikanische Präsident Barack Obama treffend bemerkt hat. Eine Demokratie braucht nicht nur Politiker, Basis der Staatsgewalt sind die Bürgerinnen und Bürger!

Ein demokratisches Gemeinwesen ist stets auf Integration und Teilhabe gerichtet, demokratische Politik fußt immer auf der Möglichkeit – aber auch auf der Bereitschaft – zur Mitsprache. Selbstverständlich und jedem bewusst ist dies anscheinend nicht, das zeigen Phänomene wie Wahlmüdigkeit und Politikverdrossenheit. Das ist keineswegs eine rein akademische Diskussion, sondern für den politischen und gesellschaftlichen Alltag von herausragender Bedeutung. Denn Unzufriedenheit mit der Demokratie hängt oft gar nicht mit der Staatsform an sich oder den Werten und Normen zusammen, die eine Demokratie ausmachen. Bedingt wird sie eher durch ein momentanes Erscheinungsbild oder durch nicht erfüllte Erwartungen. Einige Menschen fühlen sich allein gelassen oder abgehängt, manche haben das Gefühl, dass nicht

immer alles gerecht zugeht. Diese Sorgen müssen wir ernst nehmen.

Demokratie war und ist Garant für Stabilität, wirtschaftlichen Erfolg, für Freiheit und Solidarität. Das sind hohe Werte, die im Gegenzug bei vielen auch hohe Ansprüche wecken; Ansprüche, die unter Umständen nicht oder nicht sofort erfüllt werden können. Um vermeidbarer Frustration gegenzusteuern, sollten wir uns regelmäßig ins Bewusstsein rufen, an welchen Leitgedanken sich die Demokratie orientiert und was sie den Bürgerinnen und Bürgern eigentlich bringt. Demokratie ist an die Werte Freiheit und Gleichheit gebunden. Zu ihr gehören Gerechtigkeit und rechtsstaatliche Sicherheit. Die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger wird durch freie, gleiche und geheime Wahlen sowie den freien Gedankenstreit gewährleistet. Einem möglichen Machtmissbrauch wirkt eine klare Gewaltenteilung entgegen. Demokratien kennen eine freie Presse und den Schutz von Minderheiten; sie bauen auf Toleranz statt Fanatismus und setzen sich für Menschlichkeit ein. Demokratische Ordnungen garantieren die Grundrechte und Grundfreiheiten ihrer Bürgerschaft. Damit sind sie unser wertvollstes Gut – aber sie verlangen den Bürgerinnen und Bürgern auch einiges ab.

Demokratie – das ist nicht nur eine Verfassung und ein parlamentarisches System. Zur Demokratie gehören vor allem Demokratinnen und Demokraten. Das Entscheidende sind die Menschen: Bei ihnen muss die

Demokratie als Lebensform tief im Bewusstsein verankert sein. Nur sie können das System mit Leben füllen. Gleichzeitig müssen wir uns Gedanken machen, wie veränderte politische, technologische und wirtschaftliche Strukturen in die Demokratie integriert werden können. Wir müssen darüber reden, was Demokratie für den Einzelnen und für das Gemeinwesen bedeutet und was sie leisten kann.

Unsere freiheitliche Demokratie lebt von Mut und Engagement, sie erfordert Haltung und Stehvermögen. Wir brauchen Menschen, die mitmachen und mitgestalten wollen. Bürgerinnen und Bürger, die erkennen, dass Mitwirkung und aktive Teilhabe unverzichtbar sind. Nicht umsonst formuliert die Bayerische Verfassung Grundrechte, aber auch Grundpflichten! So heißt es ganz konkret in Artikel 117: Der ungestörte Genuss der Freiheit für jedermann hängt davon ab, dass alle ihre Treuepflicht gegenüber Volk und Verfassung, Staat und Gesetzen erfüllen. Alle haben die Verfassung und die Gesetze zu achten und zu befolgen, an den öffentlichen Angelegenheiten Anteil zu nehmen und ihre körperlichen und geistigen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert.

Die Bayerische Verfassung hat nicht nur den Menschen als Ganzes im Blick, sondern sie legt einen Schwerpunkt auch auf ein gutes, gelingendes Miteinander. Bürgerschaftliches Engagement lässt sich dabei aber nicht einfordern, es basiert auf Freiwilligkeit und dem



ECCLESIA Gruppe

IHR PARTNER FÜR ALLE FÄLLE

TRAGFÄHIGE ABSICHERUNGSKONZEPTE VOM PROFI
 Sie suchen bedarfsgerechten und nachhaltigen Versicherungsschutz für Ihre Einrichtung?
 Als Ihr kompetenter und erfahrener Partner in Fragen der Absicherung finden wir die Lösung, die perfekt auf Ihre Risiken zugeschnitten ist.

Partner der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern

- ✓ Versicherungskonzepte
- ✓ Risikomanagementstrategien
- ✓ Altersvorsorgelösungen

Ecclesia Versicherungsdienst GmbH · UNION Versicherungsdienst GmbH
 Telefon +49 (0) 5231 603-0 · www.ecclesia.de · www.union-paritaet.de



persönlichen Entschluss, Verantwortung nicht nur für das eigene Wohlergehen, sondern auch für sein Umfeld zu übernehmen. Ohne das, ohne ehrenamtliches Engagement geht es nicht – das ist unser größter Schatz. Denn jeder, der ehrenamtlich aktiv ist, gibt etwas sehr Wertvolles: Seine Zeit und seine Fähigkeiten. Für eine gemeinsame Sache, für andere, mit anderen.

Unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat einmal gesagt: Demokratie heißt immer, ein Stück eigener Kontrolle abzugeben, um gemeinsam handeln zu können. Konkret heißt das: Eine lebendige Demokratie setzt urteilsfähige Bürgerinnen und Bürger voraus, die darum wissen, dass Demokratie nicht individuelle Beliebigkeit bedeutet, sondern Kompromissbereitschaft und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Aktive Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement schaffen ein Gegengewicht dazu, dass eine Reihe von Entscheidungen, die das Leben der Menschen direkt und unmittelbar beeinflussen, ganz woanders fällt. Nicht nur in München und Berlin, sondern auch in Brüssel oder in den Chefetagen multinational agierender Konzerne.

Dazu gehört, dass alle – Politikerinnen und Politiker wie die Bürger – die demokratischen Spielregeln achten und beachten: Beispielsweise die Bereitschaft, Debatten mit Respekt vor der Meinung des anderen zu führen. Die Ansichten des anderen zu achten – auch und gerade wenn diese nicht den eigenen entsprechen. Über alle inhaltlichen Meinungsverschiedenheiten ein menschliches Miteinander zu bewahren. In diesem Zusammenhang bereiten mir zum Beispiel die sogenannten „alternativen Fakten“ große Sorgen. Wenn einer Diskussion die gesicherte sachliche Basis fehlt, wenn Vieles nur noch emotional und nach Stimmungen entschieden wird, können demokratische Prozesse kaum noch zu einem befriedigenden Konsens führen. Die Leitschnur im Umgang miteinander muss dabei immer die Menschenwürde sein. Sie zu achten und zu schützen ist oberstes Ziel. Dazu zählt, dass wir einander mit Wohlwollen, Respekt und Rücksichtnahme begegnen. Dass wir besonders denjenigen Menschen unsere Fürsorge und Aufmerksamkeit zukommen lassen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens sind. Und dazu gehört für mich auch, dass wir den sozialen und pflegerischen Berufen wieder mehr Wertschätzung entgegenbringen, denn gerade in diesem nicht immer einfachen Arbeitsbereich wird ein achtsames, menschenwürdiges Miteinander Tag für Tag vorgelebt.

Und hier können wir alle unseren Beitrag leisten! Das gilt zum Beispiel beim Thema „Verteilungsgerechtigkeit“. Es ist nach meiner Einschätzung nicht Aufgabe des Staates, für Gleichverteilung von Gütern zu sorgen. Politik kann und muss aber gewährleisten, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Deshalb ist es zum Beispiel richtig, dass wir ein Steuersystem haben, bei dem die starken Schultern mehr tragen müssen als die schwachen. Und es ist richtig, dass bei uns im Sozialstaat das Subsidiaritäts-Prinzip gilt: Zunächst ist jeder dazu verpflichtet, im Rahmen seiner Möglichkeiten selbst einen Beitrag zur Gesellschaft und für sein eigenes Leben zu leisten – aber wenn oder soweit er dazu nicht in der Lage ist, greift die Gemeinschaft ein, und zwar selbstverständlich. Dabei geht es nicht um Almosen, sondern darum, dass wir in unserer Gesellschaft aufeinander angewiesen sind und es eine Frage nicht nur der Gerechtigkeit, sondern der Anständigkeit ist, auch die Schwächeren mitzunehmen und ihnen Teilhabe zu ermöglichen. Ein gelungenes gesellschaftliches Miteinander ist nur dann möglich, wenn alle bereit sind, ihren Teil dazu beizutragen. Wenn wir eine solidarische Gesellschaft bewahren wollen, dann brauchen wir einen Konsens darüber, und dann brauchen wir eine gemeinsame Anstrengung hierfür. Denn auch eine gefestigte Demokratie macht es erforderlich, stetig an ihr und für sie zu arbeiten.

Rechtspopulismus und Neue Rechte in Deutschland – eine Bestandsaufnahme

Spätestens seit Ende 2014, mit zunehmender Dynamik seit Mitte 2015, etablierte sich in Deutschland ein neuer politischer Akteur: eine neue rechte Bewegung. Der Ausgangspunkt lag bei den sächsischen PEGIDA-Veranstaltungen, sie dehnte sich aber schnell auf weitere ostdeutsche Bundesländer und punktuell nach Westdeutschland aus. Die Teilnahmezahlen bei einschlägigen Veranstaltungen stiegen bis zum Frühling 2016 kontinuierlich an. Die rechtspopulistische Bewegung gewann an Stärke vor allem dadurch, dass sie an weit verbreiteten Unmut über die staatliche Flüchtlingspolitik und vor allem an Ängste und Resentiments gegenüber dem Islam anknüpfen konnte. Sie ist dabei in der Lage, die Schwächen des alten Rechtsextremismus zu überwinden: Vergangenheitsbezogenheit, ein für die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung abschreckendes martialisches Auftreten, offene Affinität zum Nationalsozialismus.

Geprägt wird die neue rechte Bewegung durch eine Vielfalt an Akteuren (Partei, Initiativen vor Ort, Printmedien, Internetseiten, Aktivitäten in sozialen Medien) und eine gewisse inhaltliche Breite. Die Wahlerfolge der AfD sind Ausdruck und Ergebnis dieser Bewegung. Nach der Schließung der Balkanroute im Frühjahr 2016 war die Dynamik zunächst gebrochen. Jedoch zeichnete sich mit der Bundestagswahl 2017 und insbesondere ab Anfang 2018 ein erneuter Aufschwung ab: Mit gut besuchten Protestveranstaltungen im Westen in der Republik (u.a. Kandel, Bottrop und Hamburg), mit Umfrageergebnissen, in denen die AfD zumindest lokal (Cottbus) stärkste politische Kraft ist¹.

Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten

Eng verbunden mit dem Aufstieg der neuen rechten Bewegung in Deutschland ist die schlimmste Welle an Angriffen auf MigrantInnen in Deutschland seit Anfang der 1990er Jahre. Nach Auskunft der Bundesregierung gab es allein im Jahr 2016 3.533 Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte. Bekannt wurden zudem 217 Attacken gegen freiwillige HelferInnen und Hilfsorganisationen.² Die Zahl der Übergriffe war bereits seit dem Sommer 2015 rasant angestiegen. Seit Mitte 2016 ging die Zahl der Gewalttaten glücklicherweise zurück, wenn auch auf weiterhin hohem Niveau.

Begünstigt wurde diese Gewalt durch eine Radikalisierung von Inhalt und Sprache in einschlägigen

Medien wie der Website Politically Incorrect oder der Zeitschrift Compact –Magazin für Souveränität. Dort werden immer wieder Geflüchtete als „Invasoren“ diffamiert, deren pure Anwesenheit die Bundesrepublik Deutschland in eine existentielle Gefahrensituation bringe. Sie werden beschrieben als quasi durchgängig kriminell und extremistisch, als ständige Gefahrenquelle für sexualisierte Übergriffe, und immer wieder vor allem bei Politically Incorrect mit offen rassistischen Begriffen aus dem Gossenjargon belegt.

Die Radikalisierung betraf und betrifft aber nicht nur die Hetze gegen Geflüchtete. Es werden Konzepte für Bürgerwehren diskutiert (und teilweise auch umgesetzt), es wird offen zu Sitzblockaden vor geplanten Flüchtlingsunterkünften aufgerufen, es wird behauptet, die Zeit für die Inanspruchnahme von Artikel 20 Abs. 4 GG (Widerstandsrecht) sei gekommen. Verkäufe von Waffen schnellen nach oben, Anbieter von Selbstverteidigungskursen sowie Jagd- und Schützenvereine haben großen Zulauf. Tipps für die Selbstverteidigung sind inzwischen ein Dauerthema in rechtspopulistischen Foren. Der Herausgeber des Compact Magazins, Jürgen Elsässer, verstieg sich sogar zu einem Putschaufruf.³

Mit Schließung der sogenannten „Balkanroute“ kam es zu einer leichten Beruhigung der Tonlage – wenn auch auf hohem Eskalationsniveau. Dies galt allerdings nur bis zu den Terroranschlägen im Sommer 2016. Seitdem ist auffällig, dass bei den LeserInnenkommentaren einschlägiger Blogs, und auch in den Artikeln selbst, zunehmend von einem angeblich drohenden Bürgerkrieg geredet wird. Dieses Gerede war schon länger da – was sich auch in Buchtiteln niederschlägt – etwa beim Titel „Vorsicht Bürgerkrieg“ des Kopp-Verlag-Autoren Udo Ulfkotte, der ständig bei einschlägigen Seiten beworben wird. Gezielt gefördert wird dieses Geraune auch vom Compact Magazin. Etwa auf einer Veranstaltung des Magazins in Mecklenburg-Vorpommern Ende August 2016 mit prominenten AfD-Politikern. Allen Referenten wurde die Frage gestellt: „Sehen Sie die Gefahr eines Krieges oder Bürgerkrieges?“⁴ Dieses Denken ist vor allem beim rechten Flügel der AfD sehr präsent. Björn Höcke brachte es in einer vielbeachteten Rede im Januar auf den Punkt: „Die AfD ist die letzte evolutionäre, sie ist die letzte friedliche Chance für unser Vaterland.“⁵ Mit anderen Worten: Entweder die AfD stellt in absehbarer Zeit die Regierung, oder ein Bürgerkrieg ist unausweichlich.

Kerninhalte und Politikstil

Während die Bewegung in ihren Inhalten nicht homogen ist, so lassen sich doch zwei wesentliche Hauptströmungen identifizieren: Rechtspopulismus und Neue Rechte. Was genau ist nun Rechtspopulismus, und wie unterscheidet er sich von anderen politischen Richtungen? Laut dem Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller ist das wichtigste Bestimmungsmerkmal, sich als wahren und alleinigen Vertreter des Volkes darzustellen: „Wir – und nur wir – repräsentieren das Volk.“ Damit werden alle, die anders denken, ob nun GegendemonstrantInnen auf der Straße oder Abgeordnete im Bundestag, als illegitim abgestempelt, ganz unabhängig davon, mit wie viel Prozent der Stimmen sie ins Parlament gewählt wurden. PopulistInnen sind zwangsläufig antipluralistisch; wer sich ihnen entgegenstellt und ihren moralischen Alleinvertretungsanspruch bestreitet, gehört automatisch nicht zum wahren



Volk, ist ein Spalter und Volksverräter. Das geht im Regelfall einher mit einem vermeintlich demokratischen, insbesondere direktdemokratischen Anspruch.⁶ Ebenso typisch für Rechtspopulismus ist ein spezifischer Politikstil: Dazu gehört ein apokalyptischer Tonfall, eine Fünf-vor-zwölf-Mentalität. Immer steht alles auf dem Spiel, immer geht es um die Rettung des christlichen Abendlandes, immer droht das Schlimmste, immer flirrt die Luft. Nie geht es um pragmatische Fragen: Wollen wir eine neue Umgehungsstraße bauen, ja oder nein? Wie sollte sich die Steuergesetzgebung entwickeln? Solche Dinge sind zu klein als Fragestellung.

Nicht nur Rechtspopulismus

Während weite Teile der Bewegung als rechtspopulistisch zu beschreiben sind, gibt es doch auch wesentliche Akteure in ihr, auf die dies nicht zutrifft: die Identitäre Bewegung, eine Gruppe junger AktivistInnen, sowie der Kreis um die Zeitschrift *Sezession* und ihren Herausgeber Götz Kubitschek. Jene sind mit dem Begriff „Neue Rechte“ besser beschrieben. „Neue Rechte“ soll hier verstanden werden als intellektuell geprägte Strömung, die sich bemüht, die Ideen der Konservativen Revolution aus der Weimarer Republik aufzugreifen, anknüpfend unter anderem an den Staatstheoretiker Carl Schmitt und den Publizisten Arthur Moeller van den Bruck. Kennzeichnend ist ein Bruch mit dem Nationalsozialismus auf Basis eines aristokratisch-elitären, antiaufklärerischen und antidemokratischen Selbstverständnisses. Der ideologische Hauptgegner ist der Liberalismus bzw. der Westen, im Mittelpunkt des Denkens stehen ethnisch verstandene Kollektive wie Volk und Nation. Ein wesentlicher Vordenker der Neuen Rechten, der Franzose Alain de Benoist, fasst seine Feindbilder wie folgt zusammen: „Mein Hauptgegner war immer der Kapitalismus in ökonomischer Hinsicht, der Liberalismus in philosophischer Hinsicht und das Bürgertum in soziologischer Hinsicht.“⁷ Die Neue Rechte betreibt sogenannte „Metapolitik“ - sie versteht darunter ein diskursives Konzept von Politik: Sie ist nicht primär an Parteipolitik oder Wahlergebnissen interessiert, sondern versucht, kulturelle Hegemonie zu erlangen, durch Beeinflussen von Diskussionen innerhalb der gesellschaftlichen Elite.⁸

Gemeinsamkeiten und Unterschiede

In der Neuen Rechten rümpft man die Nase über das angeblich naive Amerikabild vieler RechtspopulistInnen, und über deren brachiale Islamkritik. Schließlich sei Amerika der eigentliche Feind Deutschlands, im Gegensatz zur Selbstzuschreibung als „proamerikanisch und proisraelisch“ bei Politically Incorrect. Nicht der Islam sei das Problem, sondern der Mangel an deutscher Identität.⁹

Bei allen Unterschieden gibt es aber auch wesentliche Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Akteuren. Die zentrale These der verschiedenen rechten StichwortgeberInnen lautet: Die biologische oder

kulturelle Substanz des deutschen Volkes sei gefährdet, es werde systematisch eine Masseneinwanderung herbeigeführt, um das deutsche Volk hilflos internationalen Kapitalinteressen auszuliefern. Zum Teil wird auch eine angeblich stattfindende und vor allem auch von westlichen Regierungen systematisch betriebene Islamisierung Europas behauptet.

Rolle der AfD

Die Wahlerfolge der AfD wären ohne das Bewegungsmilieu nicht möglich gewesen. Ihre parlamentarischen Vertretungen agieren vor allem in Ostdeutschland als Bewegungspartei. Der Fokus ihrer Tätigkeiten liegt nicht auf klassischer Parlamentsarbeit wie der Mitwirkung in Ausschüssen. Sie legt ihren Schwerpunkt stattdessen auf Aktivitäten, die in die Gesellschaft wirken sollen – wie etwa das Durchführen von Kundgebungen.

Realos gegen Fundis, Neoliberale gegen Sozialnationalisten

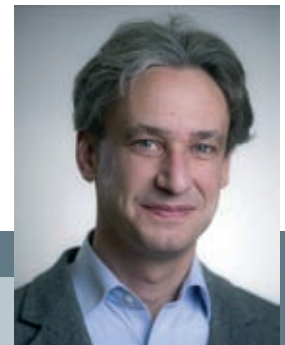
In der neuen rechten Bewegung findet gegenwärtig eine Auseinandersetzung statt, die der innerhalb der Grünen in den 1980er Jahren ähnelt: Fundis gegen Realos. Einer der wichtigsten Vordenker der Fundis, Björn Höcke sagt dazu: „Die AfD muss Bewegungspartei bleiben, das heißt, sie muss selbst immer wieder auf der Straße präsent sein, und sie muss im engsten Kontakt mit den befreundeten Bürgerbewegungen stehen.“¹⁰ Das heißt, dass sie – im Gegensatz zur Strategie des anderen Teils der AfD – bis auf weiteres nicht darauf setzen soll, koalitionsfähig in Richtung CDU/CSU und FDP zu werden. Höcke weiter: „Wir werden das so lange durchhalten (...) bis wir in diesem Lande 51 Prozent erreicht haben oder aber als Seniorpartner, als Seniorpartner in einer Koalition mit einer Altpartei sind, die durch ein kartesisches Fegefeuer gegangen ist, die sich selbst wiedergefunden hat, und die abgeschworen hat von einer Politik gegen das Volk, um endlich wieder zu einer Politik für das eigene Volk zu finden.“¹¹ Der erste Versuch, eine Realo-Absatzbewegung aus der Partei heraus zu starten, ist vorläufig gescheitert. Der ehemaligen Parteivorsitzende Frauke Petry gelang es nach der Bundestagswahl 2017 nicht, in größerem

Umfang Personen zum Übertritt in ihre neue Partei zu bewegen.

Ein weiteres wesentliches Feld der Auseinandersetzung innerhalb der AfD findet sich im Bereich der Sozialpolitik. Die AfD wurde gegründet als Partei neoliberaler Professoren für Volkswirtschaftslehre, die sich über die Eurorettungspolitik empörten. Doch nun wird zunehmend auf ehemalige Wählerinnen und Wähler von Linkspartei und vor allem SPD gesetzt. Dazu setzt man gezielt auf Kandidaturen bei Betriebsratswahlen großer Unternehmen. Flankiert wird auch das vom Compact Magazin: Markant formulierte der Herausgeber Jürgen Elsässer in einem Editorial: „AfD – Arbeiter für Deutschland.“¹²

Auf Dauer gestellt

Mit der Bewegung ist auf Dauer zu rechnen, weil es in weiten Teilen der Bevölkerung eine tiefgreifende Entfremdung vom politischen System der Bundesrepublik gibt, die vorläufig auch nicht rückholbar ist; und vor allem weil sie an mehreren Punkten an Mehrheitsmeinungen anknüpfen kann. An einen weit verbreiteten Rassismus, und auch an Ressentiments gegenüber dem Islam. Dies machte wieder einmal eine im Februar 2017 veröffentlichte Studie von Chatham House deutlich: In Deutschland sind 52 Prozent dafür, jegliche muslimische Zuwanderung zu stoppen, und nur etwa 18 Prozent dagegen.¹³



Henning Flad

Projektleiter der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus

Email: projektleitung@bagkr.de

Fußnoten

1 <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/03/umfrage-cottbus-afd-sonntagsfrage-wahlen.html>

2 <https://www.welt.de/politik/article162385193/Jeden-Tag-gibt-es-fast-zehn-Gewalttaten-gegen-Fluechtlinge.html> (alle Websites zuletzt eingesehen 15.3. 2017)

3 Vgl. dazu BAG K+R et al (Hrsg.) (2017): *Impulse für den Umgang mit Rechtspopulismus im kirchlichen Raum*, S. 8

4 <http://www.endstation-rechts.de/news/kategorie/afd/artikel/compact-veranstaltung-islamfeinde-vereint.html>

5 Zitiert nach Compact Magazin Oktober 2017, S.19

6 Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus?*, S. 44

7 Zitiert nach Wagner, Thomas (2017): *Die Angstmacher: 1968 und die Neuen Rechten*, S.65

8 Vgl. dazu u.a. Weiss, Volker (2017): *Die autoritäre Revolte*

9 Siehe dazu sehr instruktiv Weiss (2017), S. 16ff.

10 Compact. Magazin für Souveränität 10/2017, S. 19

11 Ebenda, S.20

12 Compact. Magazin für Souveränität. 10/2017, S.3

13 <https://www.chathamhouse.org/expert/comment/what-do-europeans-think-about-muslim-immigration#>



BAYERISCHES BÜNDNIS FÜR TOLERANZ

Demokratie und Menschenwürde schützen

Nachgefragt ...

Vier Fragen zu den Herausforderungen der terroristischen, der extremen und der populistischen Rechten

Das Bayerische Bündnis setzt sich zum einen ein für Toleranz, für Demokratie, für die Menschenwürde. Andererseits richtet es sich aber auch gegen Rechtsextremismus, gegen Antisemitismus, gegen Rassismus.

Hier arbeitet das Bündnis eng zusammen mit den demokratischen Parteien und Fraktionen des Bayerischen Landtags, der selbst ein Mitglied des Bündnisses ist.

NSU, Gruppe Freital und (wenn auch in der Einordnung umstritten) das Attentat im OEZ München - wir beobachten seit einigen Jahren rechtsextremen Terrorismus. Wie bewerten Sie diese Entwicklung? Wie gut funktioniert die „wehrhafte Demokratie“ gegenüber diesen Bedrohungen?



LÄNDNER: NSU, Gruppe Freital oder „Old School Society“ – Rechtsextremistisch motivierte terroristische Täter sind inzwischen nicht mehr so stark an die organisierte rechtsextremistische Szene angeschlossen. Wir müssen feststellen, dass sich solche Gruppierungen immer öfter im Internet zusammenfinden und dort terroristische Handlungen vorbereiten. Außerdem müssen wir beobachten, dass die Phasen der Radikalisierung kürzer als in der Vergangenheit sind, das Internet wirkt hier als eine Art „Brandbeschleuniger“.

Wir haben eine „wehrhafte“ Demokratie, die ihre Werte und Grundprinzipien schützen kann. Wir haben Sicherheitskräfte und Justiz, denen es zum Beispiel gelungen ist, die Verantwortlichen der Gruppe Freital und der „Old School Society“ zu überführen und zu verurteilen.

Das Spektrum politischen Handelns in diesem Feld hat sich in den vergangenen Jahren enorm ausdifferenziert, weil sich rechte Szene sehr aufgefächert hat.

Deshalb interessiert es uns, wie die vier Fraktionen auf die Herausforderungen der terroristischen, der extremen und der populistischen Rechten politisch reagieren und haben Ihnen dazu vier Fragen gestellt:



Manfred Ländner, MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport des Bayerischen Landtags

Email: buero@mdl-laendner.de

Im Kampf gegen Extremismus und Gewalt müssen wir unsere Justiz und unsere Sicherheitsbehörden unterstützen und ihnen auch in Zukunft die Instrumente geben, mit denen sie den neuen Herausforderungen begegnen können. Gerade die Digitalisierung schafft für terroristische Gruppierungen immer neue Möglichkeiten zur Vernetzung. Entscheidend kommt es auf die

enge Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden sowie wirksame Eingriffsbefugnisse an. Denn nur wenn Entwicklungsprozesse hin zu rechtsterroristischen Strukturen früh erkannt werden können, ist ein frühzeitiges Einschreiten der Sicherheitsbehörden möglich. Zugleich gehört zu einer „wehrhaften“ Demokratie auch, Themen nicht zu tabuisieren und sich auch mit unliebsamen Meinungen auseinanderzusetzen. Nur dann festigen wir das Demokratieverständnis. Denn vielfach entsteht Extremismus aus dem Gefühl heraus, nicht gehört und nicht verstanden zu werden.

Das extrem rechte Spektrum hat sich in jüngster Zeit organisatorisch ausdifferenziert - III. Weg, Die Rechte, Pegida und ihre örtlichen Ableger, Identitäre Bewegung. Sehen Sie in dieser Vielfalt von Strukturen und in der Entfaltung eines sogenannten „Übergangsbereichs“ zwischen Rechtsextremen und einem vermeintlich bürgerlichen Spektrum eine Stärkung oder eine Schwächung der rechtsextremen Szene und warum?



LÄNDNER: Für rechtsextremistische Gruppierungen bzw. Parteien wie die NPD und DIE RECHTE ist es schwieriger, Mitglieder zu gewinnen, diese zu binden und zu aktivieren. Die Anschlussfähigkeit rechtsextremistischer Parteien wie der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) oder der Partei DIE RECHTE sinkt deutlich.

Ein Grund dafür ist unter anderem das Internet. Es bietet Gelegenheit zum – auch spontanen – Austausch mit Gleichgesinnten in sozialen Medien. Wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch nimmt daher vielfach die Bereitschaft ab, sich in festen Strukturen zu engagieren. Stattdessen wird im virtuellen Raum individueller oder in kleineren, lockerer verfassten Gruppen agitiert.

Dadurch wird die rechtsextremistische Szene heterogener, die Übergänge werden fließender. Erscheinungen wie die Identitäre Bewegung oder rechtsextremistische Bürgerwehren tragen dazu bei. Insgesamt wird die rechtsextreme Szene damit zersplitterter, schwerer organisierbar, aber auch schwerer greifbar.

Hass und Hetze in den (Sozialen) Medien, Antipluralismus und eine deutliche Ablehnung des repräsentativen Systems (Ablehnung angeblicher „Eliten“) - der Rechtspopulismus artikuliert sich lautstark. Wie kann demokratische Politik dazu beitragen, dass die überwältigende, aber schweigende Mehrheit der Demokraten sich wieder Gehör und Selbstbewusstsein verschaffen kann?



LÄNDNER: Die demokratische Politik, alle demokratischen Parteien müssen Hass und Hetze entschieden entgegentreten. Hass und Hetze haben in der demokratischen Politik nichts verloren.

Darüber hinaus müssen wir den schrillen Tönen von Populisten und Extremisten eine engagierte, sachliche Debattenkultur entgegensetzen, die Themen, die die Menschen bewegen, offen behandelt. Aus diesen Diskussionen müssen dann Lösungen entstehen. Es geht darum, die populistischen Lautsprecher in diese Diskussion hineinzuziehen. Wenn es gelingt, ihnen mit guten Argumenten, eigenen Erfolgen und eigenen Initiativen entgegenzutreten, dann wird ihr Populismus zwangsläufig kleinlaut. Und dann werden auch die gemäßigten Bürgerinnen und Bürger wieder stärker an der Diskussion teilnehmen. Dazu genügt es nicht, unbequeme Meinungen abzutun oder mit Phrasen zu beantworten. Wollen wir den demokratischen Kräften in Bevölkerung und Gesellschaft eine starke Stimme geben, brauchen wir Ehrlichkeit, Inhalte und Lösungen.

Was sehen Sie im Bereich der extremen, populistischen und terroristischen Rechten als größte Herausforderung der nächsten Zeit an?



LÄNDNER: Die Prävention von Extremismus und Terrorismus jeglicher Art und Couleur ist und bleibt eine zentrale Aufgabe. Politische Bildung, Aufklärung und Teilhabe an unserer Gesellschaft entziehen dem Extremismus den Nährboden.

Die größte Herausforderung für unsere Sicherheitsbehörden ist und bleibt, Personen und Personenzusammenschlüsse, die rechtsextremistische und vor allem rechtsterroristische Aktivitäten planen, frühzeitig zu entdecken, um Gewalttaten und andere Rechtsverletzungen verhindern zu können. Gerade die Versuche rechtsextremistischer Akteure, Verflechtungen in gemäßigtere Milieus zu etablieren und beispielsweise auch soziale Themen zu besetzen, machen die Arbeit nicht einfacher.

Darüber hinaus bieten die Digitalisierung und das Internet natürlich permanent neue Möglichkeiten, um neue Kommunikationswege zu eröffnen und Zielgruppen direkter anzusprechen. So verbreiten sich in der Szene alternative Formate, wie beispielsweise Threema, Discord oder Vk.com. Die digitalen Medien fordern demnach eine andere Strategie und geeignete Instrumente der Sicherheitsbehörden bei der Beobachtung und Aufklärung, aber auch bei der Prävention.



NSU, Gruppe Freital und (wenn auch in der Einordnung umstritten) das Attentat im OEZ München - wir beobachten seit einigen Jahren rechtsextremen Terrorismus. Wie bewerten Sie diese Entwicklung? Wie gut funktioniert die „wehrhafte Demokratie“ gegenüber diesen Bedrohungen?



RITTER: Rechter Terror war nie weg. Das belegen auch Organisationen wie die sogenannte „Wiese-Gruppe“, die Deutschen Aktionsgruppen oder die Hepp/Kexel-Gruppe, um nur einige wenige zu nennen. Terror ist immer Option in rechtsextremen Ideologien. Leider wurde das von den Sicherheitsbehörden nicht ernst genommen. Deshalb konnte man sich mit Konzepten wie „leaderless resistance“ oder auch „lone wolf“-Terrorismus der staatlichen Wahrnehmung entziehen. Das war die Blaupause für den NSU.

Ein Zusammenstehen der Gesellschaft gegen solchen Terror, ja, gegen jede Form rechter Gewalt, ist besonders wichtig. Rassistisch motivierte Straftaten sollen auch eine „Botschaft“ aussenden: „Schaut her, Euch hätte es auch treffen können!“ Menschen, insbesondere aus Minderheiten, sollen verunsichert werden. Das funktioniert auch deshalb, weil Minderheiten oft einen schlechteren Rückhalt in der Bevölkerung haben oder mit ihren Belangen nicht wirklich wahrgenommen werden. Hier braucht es wichtige Signale von uns allen, etwa ein Bleiberecht für Geflüchtete, die Opfer rechter Gewalt wurden. Dass im Zuge des langen NSU-Verfahrens jetzt darüber nachgedacht wird, die Rechte der Geschädigten und Angehörigen als Nebenkläger zu beschneiden, ist hier ein fatales Signal.

Das extrem rechte Spektrum hat sich in jüngster Zeit organisatorisch ausdifferenziert - III. Weg, Die Rechte, Pegida und ihre örtlichen Ableger, Identitäre Bewegung. Sehen Sie in dieser Vielfalt von Strukturen und in der Entfaltung eines sogenannten „Übergangsbereichs“ zwischen Rechts-extremen und einem vermeintlich bürgerlichen Spektrum eine Stärkung oder eine Schwächung der rechtsextremen Szene und warum?



RITTER: Ich befürchte ganz klar eine Stärkung der Szene, weil es mit den genannten Gruppierungen nun „Angebote“ für verschiedene Milieus gibt. Wer sich unter den Jüngeren selbst als offener Feind „des Systems“ sieht, den zieht es vielleicht zum III. Weg, wem deren NS-Verherrlichung zu dröge und altbacken erscheint, vielleicht zur IB. Die Älteren und diejenigen, die sich selbst noch „bürgerlich“ sehen wollen, gehen bei Pegida „spazieren“. Wie das Beispiel Kandel gezeigt



Florian Ritter, MdL

Sprecher SPD-Landtagsfraktion für die Bekämpfung des Rechtsextremismus

Email: buero@florian-ritter.de

hat, gehen die Szenen gerne auch gemeinsam auf die Straße. Viele Entwicklungen lassen sich auch gar nicht mehr an Organisationen festmachen. Die Möglichkeiten der unbemerkten Vernetzung sind in der heutigen Zeit so groß wie nie.

Hass und Hetze in den (Sozialen) Medien, Antipluralismus und eine deutliche Ablehnung des repräsentativen Systems (Ablehnung angeblicher „Eliten“) - der Rechtspopulismus artikuliert sich lautstark. Wie kann demokratische Politik dazu beitragen, dass die überwältigende, aber schweigende Mehrheit der Demokraten sich wieder Gehör und Selbstbewusstsein verschaffen kann?



RITTER: Wir müssen Haltung zeigen und demokratische Werte hochhalten. Man darf sich nicht auf die Kampagnen der Rechtspopulisten einzulassen und deren Sprache, Worte und Forderungen übernehmen. Diese klare Grenze müssen wir als demokratische Politiker ziehen und hier keine Zweifel aufkommen lassen, wo wir stehen. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus muss aus der Mitte der Gesellschaft heraus geführt werden. Das Handeln der Sicherheitsbehörden ist zwar wichtig, reicht aber alleine nicht. Die demokratische Gesellschaft muss Grenzen ziehen und das muss man fördern. Deshalb brauchen wir Programme zur Stärkung der Demokratie die zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort fördern.

Was sehen Sie im Bereich der extremen, populistischen und terroristischen Rechten als größte Herausforderung der nächsten Zeit an?



RITTER: So leidig Kundgebungen der extremen Rechten für die betroffenen Kommunen auch sein mögen, sind sie für mich nicht die Hauptgefahr. Hier müssen die Sicherheitsbehörden ein Auge darauf haben, wenn sich dort Straftäter und eventuell auch Terroristen

herausbilden. Die Gefahr für unsere Gesellschaft geht stark davon aus, dass man versucht bürgerliche Kreise zu verunsichern und zu radikalieren. Es werden Kampagnen gestartet, die tief hineingreifen in die Mitte der Gesellschaft. Als Reaktion auf die Bedrohung unserer Demokratie hat die frühere Justizministerin Brigitte Zypries drei Aktionsfelder beschrieben: 1. Die Demokraten müssen sich untereinander stärken. 2. Wir müssen uns gemeinsam darum bemühen, die Zweifler zu überzeugen und wir müssen 3. diejenigen, die rechtsextreme Propaganda organisieren, gesellschaftlich isolieren.

NSU, Gruppe Freital und (wenn auch in der Einordnung umstritten) das Attentat im OEG München - wir beobachten seit einigen Jahren rechtsextremen Terrorismus. Wie bewerten Sie diese Entwicklung? Wie gut funktioniert die „wehrhafte Demokratie“ gegenüber diesen Bedrohungen?



PIAZOLO: Rechtsextremismus hat mittlerweile viele Facetten. Es gibt nicht mehr „die Gruppe“ die für den Einzelnen für Rechtsextremismus steht. Verschiedenste Organisationen, aber auch Kleinstgruppen versuchen sich vielmehr zu infiltrieren, mitten in die Gesellschaft. So fächert sich Rechtsextremismus in immer mehr Gruppierungen auf und zeigt sich vor allem in einer sehr präsenten und ausgeprägten Internethetze, die häufig als kritischer Bürgerkommentar geschickt platziert wird. Dem kann nur mit einem ausgeprägten demokratischen Selbstverständnis entgegen gewirkt werden. Demokratie muss gelebt werden, nur dann bleibt es auch eine „wehrhafte Demokratie“. Gelebt wird die Demokratie aber nur dann, wenn die Menschen die sie tragen, mitgenommen werden. Wir haben in Deutschland eine Verfassung mit der sich die Menschen identifizieren und auf der unser demokratisches Selbstverständnis aufbaut. So lange wir unsere freiheitliche Grundordnung schätzen und leben, ist und bleibt die „wehrhafte Demokratie“ das beste Mittel um solche Bedrohungen für und vor allem durch unsere Gesellschaft zu minimieren.



Prof. Dr. Michael Piazo, MdL

Stv. Vorsitzender und Generalsekretär

Email: michael.piazo@fw-landtag.de

PIAZOLO: Wenn man einen „Übergangsbereich“ zwischen Rechtsextremen und einem vermeintlich bürgerlichen Spektrum als solchen sehen will, so ist bereits diese Einschätzung eine Gefahr für unser demokratisches Verständnis. Indem man einen „Übergangsbereich“ toleriert und keine Grenze zieht, ist rechtsextremistischem Gedankengut Tür und Tor geöffnet. Hier darf es keine Toleranz geben und vor allem keine Plattform dafür, dass unter dem Deckmantel der freiheitlichen Meinungsäußerung, rechtes Gedankengut gesellschaftliche Akzeptanz versucht zu finden. Zu diesem Zweck werden häufig gesellschaftlich relevante Themen und Vorfälle aufgegriffen und mit den eigenen politischen Zielen belegt. Vor allem kontrovers diskutierte Themen und Sachverhalte, von denen Menschen negativ betroffen sind, werden bewusst in den Fokus gesetzt. Vermeintlich einfache Lösungen und harsche Kritik am Geschehen sollen Zustimmung auslösen und schleichend den Weg zur Akzeptanz rechtsextremistischem Gedankenguts öffnen. Es darf hier keine Grauzonen geben, solchen

Das extrem rechte Spektrum hat sich in jüngster Zeit organisatorisch ausdifferenziert - III. Weg, Die Rechte, Pegida und ihre örtlichen Ableger, Identitäre Bewegung. Sehen Sie in dieser Vielfalt von Strukturen und in der Entfaltung eines sogenannten „Übergangsbereichs“ zwischen Rechtsextremen und einem vermeintlich bürgerlichen Spektrum eine Stärkung oder eine Schwächung der rechtsextremen Szene und warum?



Äußerungen muss die Gesellschaft lauf und bestimmt entgegnetreten, das geht nur mit einem gefestigten Demokratieverständnis.

Hass und Hetze in den (Sozialen) Medien, Antipluralismus und eine deutliche Ablehnung des repräsentativen Systems (Ablehnung angeblicher „Eliten“) - der Rechtspopulismus artikuliert sich lautstark. Wie kann demokratische Politik dazu beitragen, dass die überwältigende, aber schweigende Mehrheit der Demokraten sich wieder Gehör und Selbstbewusstsein verschaffen kann?

PIAZOLO: Demokratische Politik muss laut und bestimmt diesen Entwicklungen entgegnetreten. Sie muss nicht nur Repräsentant, sondern auch Rückgrat und Stütze unserer Gesellschaft sein, um wehrhaft zu bleiben. Die Schwierigkeit ist, dass Äußerungen im Internet häufig weitgehend anonym sind und auch bleiben. Es muss eine Sensibilisierung für rechtspopulistischen Äußerungen geben. Sie dürfen nicht unkommentiert bleiben. Zu viele Äußerungen werden im Netz einfach hingenommen. Wir müssen also auch im Internet viel wehrhafter werden. Die Themen, die Rechtsextremisten sich zu Eigen machen, müssen nicht zwanghaft ebenfalls besetzt werden. Gerade junge Menschen, die soziale Medien zur Meinungsbildung nutzen, müssen unmittelbar und von ihrem gesellschaftlichen Umfeld außerhalb der digitalen Welt bereits demokratisch gefestigt werden. Junge Menschen müssen mit Rechtsextremismus und dessen neue Facetten konfrontiert werden, damit sie diese Äußerungen richtig einschätzen können. Hier ist Aufklärung und Sensibilisierung durch zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort entscheidend.

Was sehen Sie im Bereich der extremen, populistischen und terroristischen Rechten als größte Herausforderung der nächsten Zeit an?

PIAZOLO: Demokratische Politik muss auch laut und bestimmt bleiben. Politische Arbeit darf sich nicht von rechtsextremistischer und populistischer Hetze aus dem Gleichgewicht bringen lassen. Sie muss die Zivilgesellschaft in ihrem Vertrauen in die demokratische Politik stärken. Denn eine starke Zivilgesellschaft gibt gerade den jungen Menschen auch einen starken Rückhalt. Sie schärft den Blick und enttarnt rechtsextremistische und rassistische Ideologien, die sich häufig attraktiv verpackt, jungen Menschen in sozialen Netzwerken präsentieren. Jugendliche müssen dazu angeregt werden, sich aktiv und konstruktiv mit gesellschaftlichen Problemen wie Fremdenfeindlichkeit und

Gewalt auseinanderzusetzen. Das muss natürlich auch vorgelebt werden, insbesondere und vor allem durch null Toleranz gegenüber rassistischen und rechtsextremistischen Äußerungen. Eine wehrhafte demokratische Zivilgesellschaft darf solchen Bestrebungen, nicht die kleinste Plattform geben. Hier muss zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort immer wieder Zeichen setzen und darf vor allem nicht weg schauen. Demokratie, Toleranz, Verantwortung und Vertrauen sind die tragenden Säulen unserer Zivilgesellschaft. Sich gegen Rechtsextremismus zu stellen, ist zu meistern, wenn Staat und Kommunen, Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen. Hier ist Herausforderung aber auch Mehrwehrt, gerade in großer Vielfalt ein gemeinsames Ziel zu verfolgen, nämlich Rechtsextremismus den Weg abzuschneiden.



Katharina Schulze

Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bayerischen Landtag

Email: Katharina.Schulze@gruene-fraktion-bayern.de

NSU, Gruppe Freital und (wenn auch in der Einordnung umstritten) das Attentat im OEZ München - wir beobachten seit einigen Jahren rechtsextremen Terrorismus. Wie bewerten Sie diese Entwicklung? Wie gut funktioniert die „wehrhafte Demokratie“ gegenüber diesen Bedrohungen?

SCHULZE: Wenn Rechtsextremisten Menschen, die nicht in ihr totalitäres Weltbild passen, nach dem Leben trachten, muss uns das alle aufrütteln. Und wir müssen etwas dagegen tun. Wir Grüne sind mit den bisherigen Maßnahmen der CSU-Regierung im

Kampf gegen rechts nicht zufrieden. Um unsere Demokratie zu schützen, müssen wir nicht nur repressiv, sondern auch präventiv vorgehen. Wir Grüne wollen unter anderem das breite zivilgesellschaftliche Engagement gegen rechts in die staatliche Arbeit gegen Rechtsextremismus stärker einbinden und besser fördern.

Der Fahndungs- und Ermittlungsdruck auf die rechte Szene muss zweifelsohne erhöht werden, wenn man weiß, dass sich 78 mit Haftbefehl gesuchte Neonazis in Bayern der Festnahme entziehen. Für den Schutz besonders bedrohter Einrichtungen – wie z.B. von Flüchtlingsunterkünften – müssen landesweite Notfallpläne erarbeitet werden. Ein wirkungsvolles Handeln der Sicherheitsbehörden setzt auch die kritische Auseinandersetzung mit Versäumnissen bei den NSU-Morden voraus, wogegen sich die CSU sperrt. Außerdem muss gegen demokratiefeindliche rechtsextremistische Gruppen stärker vorgegangen werden. Wir freuen uns, dass der Landtag endlich vor wenigen Wochen auf unseren Antrag hin beschlossen hat, dass ein Vereinsverbot von „Der III. Weg“ geprüft werden soll.

Das extrem rechte Spektrum hat sich in jüngster Zeit organisatorisch ausdifferenziert - III. Weg, Die Rechte, Pegida und ihre örtlichen Ableger, Identitäre Bewegung. Sehen Sie in dieser Vielfalt von Strukturen und in der Entfaltung eines sogenannten „Übergangsbereichs“ zwischen Rechtsextremen und einem vermeintlich bürgerlichen Spektrum eine Stärkung oder eine Schwächung der rechtsextremen Szene und warum?

SCHULZE: Wir Grüne beobachten diese Veränderungen genau: Neonazis, die Bürgerwehren organisieren; Rechte Gruppen, die sich als soziale Kümmerer inszenieren; die Identitäre Bewegung, die durch medienwirksame Aktionen das politische Vorfeld der Rechtspopulisten beackert; etc.. Die Strategien ändern sich, aber Neonazis bleiben Neonazis und Rassisten bleiben Rassisten. Die Ziele sind die gleichen, aber sie sind immer besser personell vernetzt. Erschreckend auch: Es wird immer mehr unter der Flagge des Konservatismus gesegelt – das ist brandgefährlich und darf auf keinen Fall auf die leichte Schulter genommen werden.

Wir Grünen zeigen hier schon lange klare Kante und werden dran bleiben. Für unsere Demokratie.

Hass und Hetze in den (Sozialen) Medien, Antipluralismus und eine deutliche Ablehnung des repräsentativen Systems (Ablehnung angeblicher „Eliten“) - der Rechtspopulismus artikuliert sich lautstark. Wie kann demokratische Politik dazu beitragen, dass die überwältigende, aber schweigende Mehrheit der Demokraten sich wieder Gehör und Selbstbewusstsein verschaffen kann?

SCHULZE: Die Zeiten sind politischer geworden. Der Wind wird rauer. Da gibt es jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder hoffen, der Spuk geht schon irgendwie vorbei oder: Kurs halten und verantwortungsvoll und entschlossen handeln. Für letzteres stehen wir Grüne. Und wenn ich mich umschaue, dann weiß ich, dass wir nicht alleine sind. Viele Menschen schütteln ungläubig den Kopf über das, was hier gerade in unserem Land abgeht. Wir haben viele Verbündete, in der Zivilgesellschaft, in den Kirchen, Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften.

Aber wir Demokratinnen und Demokraten müssen lauter und sichtbarer werden. Wir sind solidarisch mit all denen, die von Gewalt, Hass und Hetze bedroht sind. Unsere Botschaft muss sein: Wir lassen uns nicht spalten, wir zeigen Haltung! Haltung ist übrigens das, was den Rassisten und Hetzern abgeht. Und ich finde, dass wir in Zukunft wieder mehr darüber reden sollten, was alles funktioniert in unserem Land und wie wir unsere Gesellschaft gestalten wollen!

Was sehen Sie im Bereich der extremen, populistischen und terroristischen Rechten als größte Herausforderung der nächsten Zeit an?

SCHULZE: Wir müssen auf den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft achten. Neonazis und Rechtspopulisten sprechen Teilen der Bevölkerung grundlegende Rechte ab. Deshalb müssen wir verhindern, dass rechtsextremes und rechtspopulistisches Gedankengut immer weiter in die Gesellschaft und den öffentlichen Diskurs einsickert.

(Alltags)Rassismus ist hier das Grundproblem. Um das zu bekämpfen, brauchen wir mehr Präventionsprojekte, den Ausbau der schulischen und außerschulischen Bildung sowie eine echte Überarbeitung des Bayerischen Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus. Wir wollen, dass die Zivilgesellschaft künftig stärker unterstützt und anerkannt wird. Dafür kämpfen wir schon seit Jahren – und wir werden nicht aufhören damit.

Kommunales Netzwerk in München

Gemeinsam gegen rechtsextreme, rassistische, antisemitische und alle weiteren menschenfeindlichen Tendenzen

In den vergangenen zehn Jahren ist in München ein dichtes Netzwerk von kommunalen Stellen entstanden, die rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen und allen weiteren menschenfeindlichen Tendenzen gemeinsam entgegenzutreten. Koordiniert wird dieses Netzwerk von der Fachstelle für Demokratie, die direkt beim Münchner Oberbürgermeister angesiedelt ist. Der Münchner Stadtrat brachte zuletzt 2015 durch die fraktionsübergreifende Verabschiedung der „Münchner Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ seine breite Unterstützung für die Struktur, Ausrichtung und das Selbstverständnis des kommunalen Netzwerks zum Ausdruck.

Grundlage für die Arbeit des Netzwerks und die Formulierung einer kommunalen Handlungsstrategie war und ist – wie für jede wirksame Strategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – eine fundierte und umfassende Problembeschreibung. Diese beruht sowohl auf wissenschaftlichen Erkenntnissen als auch auf den langjährigen Erfahrungen und dem intensiven Austausch von Verwaltung und Zivilgesellschaft.

Während die „Extremismustheorie“, die insbesondere der Arbeit der Sicherheitsbehörden zugrunde liegt, dazu tendiert, das Problem auf einen kleinen Randbereich der Gesellschaft zu verengen, weitet die Münchner Handlungsstrategie gleichzeitig die Problemwahrnehmung und die Maßnahmen zur Bekämpfung demokratie- und menschenfeindlicher Tendenzen aus. Sie berücksichtigt dabei die sozialwissenschaftlichen Studien aus dem Bereich der Einstellungsforschung, die sehr deutlich zeigen, wie weit rassistische, antisemitische und sonstige menschenfeindliche Einstellungen – bis hinein in die sogenannte Mitte der Gesellschaft – verbreitet sind.

Im Auftrag der Fachstelle für Demokratie führte das Institut für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität in den Jahren 2013 und 2016 jeweils repräsentative Befragungen zum Thema „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München“ durch. Die Befunde für München decken sich mit den Ergebnissen vergleichbarer bundesweiter Studien: Rassistische,



antisemitische, demokratie- und menschenfeindliche Einstellungen finden sich in allen Bevölkerungsteilen – in teilweise erschreckend hohem Maße. Und während geschlossene rechtsextreme Weltbilder eher abnehmen, rücken einzelne gesellschaftliche Gruppen – z. B. Muslime und Geflüchtete – verstärkt in den Fokus von Abwertung und Ausgrenzung.

Dieses Klima der Abwertung und Ausgrenzung von Minderheiten bildet letztlich auch den Nährboden für die Zunahme menschenverachtender Hetze und gewalttätiger Übergriffe. Gegenmaßnahmen müssen deshalb nicht nur die organisierte rechtsextreme Szene, sondern die gesamte Gesellschaft und alle Facetten des Problems in den Blick nehmen. So wichtig es ist, neonazistischen Umtrieben, rechtsradikaler Hetze und rassistischer Gewalt gerade auch sicherheitspolitisch konsequent und repressiv entgegenzuwirken, so wenig

dürfen dabei der Bereich der Prävention, Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Kultur, die Unterstützung der Betroffenen und die Verantwortung aller staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure für das gesellschaftliche Klima ausgeblendet werden.

Für eine effiziente Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und allen weiteren Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bedarf es verschiedener Akteure mit ihren je eigenen Stärken: Die erfreulichen und ermutigenden Beispiele zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich gegen menschenverachtende Ideologien engagieren, sind die Grundlage dieser Arbeit. Die Förderung einer kompetenten und professionalisierten Zivilgesellschaft war deshalb von Beginn an ein Kernbestandteil der Münchner Handlungsstrategie.



Es wäre aber verfehlt, die Zivilgesellschaft allein für die Eindämmung von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in die Verantwortung zu nehmen. Gefordert sind alle staatlichen Verwaltungen (in Bund, Land und der Kommune selbst), die auf unterschiedliche Weise mit Phänomenen des Rechtsextremismus und Rassismus konfrontiert sind und auf diese Herausforderung präventiv und repressiv reagieren müssen.

Die Landeshauptstadt München hat in den vergangenen Jahren ein Kommunales Netzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus, religiöse Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geschaffen, in dem verschiedene Stellen und Initiativen aus Zivilgesellschaft und Verwaltung auf der Basis einer je eigenen Fachlichkeit und Spezialisierung zusammenwirken. Die inhaltliche Ausrichtung des Kommunalen Netzwerks umfasst insbesondere die Kampagnenarbeit, die Recherche, Dokumentation

und Information zur extremen Rechten in München, die Beratung und Unterstützung von Betroffenen von rechter und rassistischer Gewalt und Diskriminierung, die pädagogische Vermittlung im Bereich Demokratiebildung und Radikalisierungsprävention sowie die Stadtteilarbeit.

Bestandteile des Netzwerks sind u.a. folgende Stellen:

Fachstelle für Demokratie

Die direkt dem Oberbürgermeister unterstellte Fachstelle für Demokratie koordiniert das städtische Verwaltungshandeln für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und weitere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Hauptaufgabe der Fachstelle ist es, sämtliche demokratischen Kräfte in München, die sich bereits gegen die oben genannten demokratiefeindlichen Tendenzen engagieren, zu bündeln, weiter zu vernetzen und zu stärken. Denn eine demokratische Stadtgesellschaft stellt langfristig den besten Schutz gegen Rechtsextremismus, Rassismus, religiöse Radikalisierung und verschiedene Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit dar.

Fachinformationsstelle Rechtsextremismus in München

Seit 2009 gibt es die Fachinformationsstelle Rechtsextremismus in München (firm). Diese ist organisatorisch angesiedelt beim Feierwerk e.V.. Die firm ist Anlaufstelle zu Fragen über extrem rechte Aktivitäten, Organisationen, Strukturen und Themen in der Landeshauptstadt München. Die firm recherchiert, beobachtet und analysiert aktuelle Entwicklungen in der regionalen extrem rechten Szene. Sie bietet Fachveranstaltungen zur Thematik an, informiert und unterstützt Einrichtungen, Initiativen und Projekte in München, um extrem rechten Aktivitäten Raum und Ausbreitungsmöglichkeiten zu nehmen.

BEFORE e.V.

Der Verein BEFORE e.V. ist Träger einer Beratungsstelle mit zwei Fachbereichen. Einer davon ist auf die Unterstützung und Begleitung von Personen spezialisiert, die von rassistischer und rechter Gewalt betroffen sind. Der zweite ist auf die Beratung von Betroffenen rassistischer, antisemitischer, antiziganistischer, islamfeindlicher Diskriminierung spezialisiert. Neben der Beratungsleistung versteht sich die Beratungsstelle als Sprachrohr für die Belange der Betroffenengrup-

pierungen. Diskriminierungsfälle und Übergriffe mit rassistischem oder rechtem Hintergrund werden anonym dokumentiert, um Dunkelziffern sichtbar zu machen und Öffentlichkeit für die Missstände herzustellen. Durch Vorträge und Fortbildungen werden zudem die Sensibilisierung und Diskussion zu den beiden Themenfeldern angeregt und ein kritischer gesellschaftlicher Diskurs gefördert.

Stadtjugendamt (Bereich politische Bildung)

Eine Anlaufstelle im Stadtjugendamt bietet ein Erstclearing und Beratung für Fachkräfte, Multiplikatoren, Lehrerinnen und Lehrer zum gesamten Themenspektrum Rechtsextremismus, religiöse Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit an. Fehlende Informationen, unklare Situationen, sowie notwendige Einschätzungen können hier erfragt, besprochen und eingeholt werden. Die Vermittlung demokratischer Werte und von Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus, religiöse Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind Bestandteil der Arbeit.

Netzwerk demokratische Bildung

Das Netzwerk demokratische Bildung ist bei der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V. (AGFP) angesiedelt und organisiert Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte und Multiplikator_innen zu den Themenfeldern Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Radikalisierung. Es berät und unterstützt Einrichtungen bei der Planung eigener Veranstaltungen zu den genannten Themenbereichen. Im Netzwerk demokratische Bildung München arbeiten Fach- und Führungskräfte aus den Arbeitsfeldern Schule, Jugendhilfe, Ausbildung, Erwachsenenbildung und Wissenschaft zusammen, ebenso Institutionen und Organisationen, deren Schwerpunkt in der Arbeit gegen Rechtsextremismus liegt. Im Netzwerk realisiert sich eine Zusammenarbeit zwischen staatlichen (landesweiten), kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Bildungskollektiv „Die Pastinaken“

Die „Pastinaken“ machen Angebote für die Vermittlung demokratischer Werte, Normen und Handlungskompetenzen in allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen, sowie im außerschulischen Bereich. Sie bieten Workshops und Seminareinheiten für Projekttag und Schullandheimaufenthalte an. Die Themen und Methoden werden für jeden praktischen Einsatz aktualisiert und an die Bedürfnisse der Zielgruppe angepasst.

Bezirksausschüsse

Seit 2013 haben alle 25 Münchner Bezirksausschüsse die Möglichkeit, einen oder mehrere Beauftragte gegen Rechtsextremismus zu benennen. Die Beauftragten stellen einen wichtigen Knotenpunkt auf der lokalen Ebene dar. Sie dienen als Informationsdrehscheibe sowie als Anlaufstelle und sie koordinieren Aktivitäten vor Ort.

Der Münchner Ansatz setzt auf Kommunikation und allseitige Kooperationsbeziehungen. Die Arbeit für eine starke Demokratie und Zivilgesellschaft erfordert die intensive Vernetzung und Kooperation aller beteiligten Akteure zugunsten des demokratischen Gemeinwesens. Nur wenn über Ressorts und formale Zuständigkeiten hinweg kooperiert, sowie zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, Bündnissen und Initiativen zielgerichtet und auf Augenhöhe zusammengearbeitet wird, werden sich nachhaltige Erfolge einstellen.

München nimmt mit seinem frühzeitigen und über die Jahre kontinuierlichem Engagement gegen jede Form der Demokratie- und Menschenfeindlichkeit eine Vorreiterrolle unter den deutschen Großstädten ein. Ein Spezifikum des Münchner Engagements ist sicherlich, dass die Kommune hier über die Jahre in beträchtliche finanzielle Vorleistung gegangen ist, da in Bayern kein Landesprogramm existiert. Insgesamt haben die bislang ergriffenen Maßnahmen dazu beigetragen, das zivilgesellschaftliche Engagement zu professionalisieren und stärken und das demokratische Klima innerhalb der Münchner Stadtgesellschaft positiv zu beeinflussen. Die Aktivitäten von Verwaltung und Zivilgesellschaft setzen einem Eindringen des Rechtsextremismus und Rassismus in die lokalen Diskurse immer wieder klare Grenzen. Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen und der rechten Angriffe auf eine weltoffene, demokratische und solidarische Gesellschaft ist dies gerade jetzt von entscheidender Bedeutung – nicht nur in München.



Dr. Miriam Heigl

Landeshauptstadt München
Fachstelle für Demokratie

Email: miriam.heigl@muenchen.de

Demokratieförderung und die bayerische Radikalisierungsprävention

Extrémistische Strömungen – egal ob rechts- oder linksextremistisch, salafistisch oder antisemitisch – richten sich gegen unsere freiheitlich-demokratische Kultur des Zusammenlebens. Die bayerische Radikalisierungsprävention stellt daher die Grundpfeiler unserer Gesellschaft in den Mittelpunkt ihrer Arbeit: Demokratie, Pluralismus, Meinungsfreiheit, Toleranz und Gleichberechtigung. Dabei verstehen wir in Bayern die Prävention als eine wichtige Säule der Bekämpfung jeglicher Art von Extremismus.

Demokratieförderung und Prävention

Prävention richtet sich im Gegensatz zur Demokratieförderung stets auch gegen etwas Unerwünschtes. Während die Demokratieerziehung und -stärkung auf einem universellen Ansatz basiert und die gesamte Bevölkerung anspricht, sollte die Prävention möglichst phänomen- und zielgruppenspezifisch ausgerichtet sein. Zweifelsfrei entfaltet auch die universell angelegte Demokratieförderung eine präventive Wirkung, indem sie den öffentlichen Diskurs über demokratische Werte und Normen sowie deren Vermittlung unterstützt und die aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am Gemeinwesen fördert. In der Präventionsarbeit steht jedoch die explizite Stärkung der Menschen gegenüber menschenfeindlichen Ideologien im Fokus. Ohne den Bezug zu unseren freiheitlich-demokratischen Werten wäre Prävention aber nicht sinnvoll und Überschneidungen mit der Demokratieförderung liegen daher in der Natur der Sache.

In der präventiven Arbeit unterscheiden wir zwischen allgemeiner und spezifischer Prävention. Allgemeine Prävention richtet sich prinzipiell an alle Menschen, bezieht sich aber auf ein konkretes Phänomen. Sie soll Menschen langfristig gegen radikale Verheißungen immunisieren, indem sie vorhandene Ressourcen wie Beziehungs- und Konfliktfähigkeit sowie Selbstbewusstsein und Selbstständigkeit stärkt. Die spezifische Prävention richtet sich direkt an gefährdete Gruppen und an deren Umfeld. Ziel ist es, insbesondere Fachkräfte, Multiplikatoren und gefährdete Personen sowie deren soziales Umfeld durch Beratung und Fortbildung zu sensibilisieren, um Radikalisierung früh zu erkennen und angemessen darauf reagieren zu können. Die Grenzen zwischen allgemeiner und spezifischer Prävention verlaufen oft fließend.

Strukturen gegen Extremismus

„Deradikalisierung und Prävention sind die wirksamsten Mittel gegen terroristische Anschläge.“⁴¹ Mit diesen Worten eröffnete Wiebke Steffen 2015 ihren Vortrag anlässlich der Auftaktveranstaltung zur Gründung des Bayerischen Netzwerks für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus, einer deutschlandweit einzigartigen interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) der vier Ressorts Inneres, Soziales, Kultus und Justiz, unter Federführung des Innenministeriums. Sie ist Ausdruck der 2-Säulen-Struktur, die das bayerische Sicherheitskonzept gegen Extremismus trägt: Während Prävention die Menschen in der Breite phänomenspezifisch anspricht und eine Radikalisierung verhindern soll, setzt Deradikalisierung an, wenn im konkreten Einzelfall bereits Auffälligkeiten feststellbar sind.

Feste Partner des Netzwerks sind außerdem zwei zivilgesellschaftliche Träger. Die Fachstelle zur Prävention von religiös begründeter Radikalisierung „ufuq.de“ informiert und berät landesweit Einrichtungen der Bildungs- und Jugendarbeit, kommunale Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Akteure im pädagogischen Umgang mit demokratie-, freiheits- und islamfeindlichen Einstellungen. Neben Aus- und Fortbildungsangeboten für Multiplikatoren bietet sie im Rahmen eines Peer-to-Peer-Ansatzes auch Workshops von Jugendlichen für Jugendliche an. Die Beratungsstelle des Vereins Violence Prevention Network e.V. (VPN) ist Ansprechpartner bei konkreten Radikalisierungsfällen und bietet Deradikalisierungsmaßnahmen an.

Die Organisationseinheit Radikalisierungsprävention des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales widmet sich dem vorgelagerten Bereich der Prävention und stimmt diesen konzeptionell und operativ mit den Maßnahmen der Deradikalisierung ab. Auf diesem Weg begegnen wir in Bayern der Gefahr durch Radikalisierung besonders effektiv. Über die Informationsseite www.antworten-auf-salafismus.de steht die IMAG Interessierten und Betroffenen mit Antworten auf ihre brennenden Fragen zum Thema Salafismus sowie mit Kontakten zu unseren Netzwerkpartnern und vertrauenswürdigen Anlaufstellen zur Seite.

Im Rahmen des neu gefassten Bayerischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus ist im Bereich des

Sozialministeriums beim Bayerischen Jugendring die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechts-Extremismus (LKS) angebunden, die Lösungs- und Beratungsangebote zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Bayern koordiniert. Auf ihrer Homepage bietet sie Interessierten und Betroffenen eine praktische Präventionslandkarte² mit Projekten in ganz Bayern.

Präventionsbeispiele aus der Praxis

Radikalisierung passiert vor Ort. Bayern rückt deshalb mit dem Aufbau kommunaler Netzwerke die Kommunen in den Blick der Salafismusprävention. Erste Netzwerke entstehen bereits in Augsburg, Nürnberg und Würzburg. Daneben fördern wir in ganz Bayern innovative Projekte wie die MotherSchools. Bayern hat das weltweit agierende Projekt von Frauen ohne Grenzen (Wien) nach Deutschland geholt. Sein Ansatzpunkt ist die kulturübergreifend bedeutende Rolle der Mutter als emotionaler und struktureller Anker der Familie. Mütter haben selbst in der Anfangsphase einer Radikalisierung oft noch das Vertrauen ihrer Kinder. In Workshops sensibilisieren Mütter ihre Wahrnehmung von Anzeichen einer Radikalisierung und stärken ihr Potential, die Narrative von Extremisten zu durchbrechen und ihr Wissen an andere Mütter weiterzugeben. Als Mitglied des Bayerischen Bündnisses für Toleranz und gemeinsam mit der Stiftung Werte Bündnis Bayern fördern wir das Projekt Aktiv gegen Vorurteile – ein Medienprojekt, das Jugendliche motiviert, innovative und kreative Antworten auf menschenfeindliche und rassistische Einstellungen zu geben. Dazu greifen sie Vorurteile von und gegenüber Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft auf und entwickeln Ideen für ein gelingendes Zusammenleben. Ergebnis des Projekts sind von den Jugendlichen selbst produzierte Videoclips und Radiobeiträge, die sich gegen Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit wenden.

Im Salafismus wie auch im Rechts- und Linksextremismus findet sich Antisemitismus in unterschiedlicher Ausprägung wieder. Um durch eine zielgenaue Präventionsarbeit zum Schutz unserer jüdischen Bürgerinnen und Bürger in Bayern beitragen zu können, muss die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Wurzeln des Antisemitismus zentraler Bestandteil von Präventionskonzepten sein. Mit dem

¹Steffen, Replik: Mit Prävention gegen Salafismus?, Vortrag anlässlich der Auftaktveranstaltung und Fachtagung des Bayerischen Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerkes gegen Salafismus am 1./2.12.2015 in München, www.antworten-auf-salafismus.de/downloads (Stand: 23.3.2018).

²<https://www.lks-bayern.de/netzwerk/praeventionslandschaft>

Mansour-Institut für Demokratieförderung und Extremismusprävention MIND GmbH entwickelten wir das bundesweit einmalige Projekt ReThink, das sich an Jugendliche mit Migrations- oder Fluchterfahrung richtet. Aktiviert durch vorgeführte Rollenspiele tasten sich die Jugendlichen an kritisches Denken und die Reflexion der eigenen kulturellen Prägung heran. Qualifizierte Teams mit eigenem Migrationshintergrund begleiten die Treffen, ermöglichen die Begegnung auf Augenhöhe und schaffen das nötige Vertrauen für offene Diskussionen. Neben häufig in Patriarchaten tabuisierten Themen wie der Gleichberechtigung sind sie besonders sensibilisiert für Antisemitismus aus dem arabischen Kulturraum.

Ausblick

Erfolgreiche Prävention braucht das gewinnbringende Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure, Initiativen und Ebenen. Nur ein ganzheitlicher Ansatz kann erfolgreiche Präventionsarbeit gewährleisten. Die Verbindung von landesweitem und kommunalem Denken setzt wertvolle Impulse in ganz Bayern und wird den Ansprüchen sowohl der allgemeinen wie der spezifischen Prävention gerecht. Das Bayerische Sozialministerium wird daher auch künftig versuchen, im Rahmen seiner Mittel moderne Präventionsmaßnahmen für eine landesweite Umsetzung zu konzeptionieren und an die Arbeit vor Ort anzupassen. Zusätzlich stehen wir unterstützend bei der Projektförderung durch das Bundesprogramm Demokratie leben! zur Seite. Denn obschon wir seit 2015 die Prävention in Bayern mit 15.000 erreichten Multiplikatoren auf einen guten Weg gebracht haben, sehen wir uns nicht am Ziel: Die hohe Dynamik in der Radikalisierung – wie aktuell die zunehmende Radikalisierung von Mädchen und Kindern – erfordert eine permanente Reaktionsfähigkeit in unserer Arbeit gegen jede Form von Extremismus.



Dr. Christiane Nischler-Leibl

Leiterin des Referats „Radikalisierungsprävention“ im Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
Email: radikalisierungspraevention@stmas.bayern.de

Öffentliche und freie Wohlfahrtspflege in Bayern – tragende Säulen für unser Gemeinwesen

2018 ist ein besonderes Jahr für Bayern. Am 26. Mai jährt sich der Erlass der Bayerischen Verfassung von 1818 zum 200. Mal und am 8. November die Ausrufung des Freistaats Bayern zum 100. Mal. Damals galt Bayern als eher armes Land. Heute geht es Bayern gut. Doch nicht allen Menschen in unserem Land geht es gleich gut.



hat im Februar 2018 unsere Zukunftstiftung Ehrenamt Bayern die Arbeit aufgenommen. Freie Fahrt fürs Ehrenamt, weniger Bürokratie – das ist uns wichtig. Und als ein Dankeschön haben wir die Ehrenamtskarte eingeführt – eine Karte mit vielen Vorteilen in Form von Rabatten und Vergünstigungen. Ein Ehrenamt zahlt sich aus.

Die Träger der Wohlfahrtspflege stehen allen Menschen zur Seite, die Hilfe brauchen. Sie kümmern sich um Kinder und Jugendliche, sie unterstützen Flüchtlinge bei der Integration und sie pflegen alte und kranke Menschen. Teilhabe für alle – dafür steht die öffentliche und freie Wohlfahrtspflege.

Demographischer Wandel, Auflösung der traditionellen Familienmodelle, Globalisierung – der Sozialstaat steht vor großen Herausforderungen. Die Wohlfahrtsverbände stehen der Politik in Bayern als kompetente Berater und verlässliche Partner bei der Gestaltung der sozialpolitischen Rahmenbedingungen zur Seite – sei es im Expertenrat „Zukunft sozial gestalten“, in der „LandesSeniorenVertretung Bayern e. V.“ oder beim „Forum Soziales Bayern“. Die Wohlfahrtsverbände nehmen Partei für sozial Schwache und bringen ihren Standpunkt in die öffentliche Diskussion mit ein. Als Anwalt der Schwachen leisten die Spitzenverbände einen wichtigen Beitrag für sozialen Frieden und den Ausgleich der Interessen in unserer Demokratie.

Unterstützung erhalten unsere Wohlfahrtsverbände von vielen ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Bayern ist Ehrenamtsland. Bei uns ist bürgerschaftliches Engagement größer als anderswo. Fast jeder zweite Bayer ist freiwillig im Einsatz für unsere Gemeinschaft – allein 400.000 in der Freien Wohlfahrtspflege Bayern.

Die Bayerische Staatsregierung unterstützt diesen Gemeinschaftssinn, wo immer es geht. Darum haben wir 2014 die Förderung des Ehrenamtes durch Staat und Kommunen in die Bayerische Verfassung aufgenommen. Wir schätzen das Engagement unserer Freiwilligen und wollen sie bei ihrem wertvollen Dienst an der Gemeinschaft unterstützen. Deshalb

Freiwilligen Einsatz brauchen aber nicht nur Kranke und Schwache – **auch unsere Demokratie, unsere freiheitliche Art zu leben braucht unser aller Einsatz.** Demokratie lebt von aktiven, mutigen Menschen. Schauen wir uns um in der Welt: Freiheit, Gerechtigkeit und Toleranz sind keine Selbstverständlichkeit, kein immer gesicherter Besitzstand. Wir müssen sie immer wieder mit Leben erfüllen.

In einer Welt im Umbruch müssen wir unsere freiheitlich-demokratische Lebensweise immer wieder aufs Neue mutig und beherzt verteidigen. Im Privaten, im Ehrenamt oder in Initiativen, die sich gezielt für unsere Werte und unsere Demokratie einsetzen. Es ist erfreulich, dass viele Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege in Bayern sich hier besonders engagieren, z. B. im „Bayerischen Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“.

Unser Land braucht engagierte Menschen, die Verantwortung für ihre Mitmenschen übernehmen. Hinschauen, handeln, helfen – dieses Motto stärkt unsere Gemeinschaft. Unsere Demokratie lebt von Bürgerinnen und Bürgern, die über den Tellerrand der persönlichen Interessen hinausschauen und das Gemeinwohl im Blick haben. Deshalb: Engagieren Sie sich weiterhin in der Wohlfahrtspflege. Setzen Sie sich ein für unsere Werte. Der Freistaat Bayern baut auf Sie.

Lassen Sie uns weiter gemeinsam für eine gute Zukunft unserer Heimat Bayern arbeiten. Dafür wünsche ich Ihnen Kraft und Gottes Segen.

Dr. Markus Söder, MdL
Ministerpräsident des Freistaates Bayern



Die deutsche Gesellschaft wird immer vielfältiger und weltoffener. Dennoch bilden abwertende Einstellungen gegenüber Menschen, etwa wegen ihrer Hautfarbe oder Religion, immer wieder den Nährboden für menschenfeindliche Hetze und Gewalt.

„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Diskriminierung Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz.“ Solche oder ähnliche Sätze beinhalten heute – nach der schmerzlichen Erfahrung von Gewaltherrschaft wie dem Nationalsozialismus, Vertreibung und Krieg – internationale Vereinbarungen und zahlreiche nationale Verfassungen. Jeder Mensch gilt jenseits von tatsächlichen oder vermeintlichen Zuschreibungen – ob diese nun nationaler, ethnischer, religiöser, sexueller, kultureller oder sonstiger Art sind – als gleichwertig.

Menschenwürde und Menschenfreundlichkeit

Rassismus und andere Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hingegen untergraben die Zielsetzung internationaler Abkommen ebenso wie die Fundamente der liberalen Demokratie, sie stehen den Menschenrechten entgegen und gefährden den gesellschaftlichen Frieden. Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit richten sich gegen eine faire, friedliche und integrative Gesellschaft, aber auch gegen die Freiheit des Einzelnen eigene Lebensentwürfe zu verwirklichen. Zudem sind sie Ausdruck

einer unzureichenden demokratischen Auseinandersetzung und einer mangelhaften Kultur demokratischer Partizipation.

Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen sind nicht unerheblich: Alltagsrassismus, neu entbrannte rassistische Diskurse, wachsende globale Flüchtlingszahlen, das Aufkommen rechtsradikaler Bewegungen, ein global sichtbarer Terrorismus, verbreitete Vorurteile, die erhöhte Anzahl rassistischer Gewalttaten und Defizite in deren Bearbeitungsqualität. Von Rassismus betroffen können deutsche Bürger, in Deutschland lebende Ausländer und Neu- oder vorübergehend Zugezogene sein: Ihnen können Vorurteile oder Feindseligkeiten aufgrund ihrer vermeintlich nicht-deutschen Herkunft entgegenschlagen. Abwertende Einstellungen bilden den aggressiven Ausgangspunkt menschenfeindlicher Agitation und auch handfester Gewalt. Angesichts des erheblichen Ausmaßes rassistischer und sonstiger menschenverachtender Straf- und Gewalttaten stellen sie in Deutschland aktuell ein Sicherheitsproblem dar.

Kompetente Mitarbeitende und Institutionen

Die Gefährdung von Seele, Leib und Leben von Individuen ist dabei nicht das einzige Problem. Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind auch eine menschenwürdige Teilhabe jedes Einzelnen und eine faire Arbeitswelt von zentraler Bedeutung. Das

erkennen inzwischen nicht nur Einzelne - auch Organisationen und Institutionen stellen sich diesem Thema. Der Bedarf, Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen zu finden, Diskriminierung entgegenzutreten und fit zu werden für einen kompetenten Umgang mit menschenfeindlichen Orientierungen, wächst. Besonders zielführend ist es, das Thema breit anzugehen, so indem eine gesamte Institution den „Blick auf den Menschen“ schärft und Diskriminierung entgegenet: Der Diskriminierungsbegriff ist für die Praxis konkret fassbar und handlungsbezogen. Zudem hat er eine rechtliche Dimension. Es geht – anders als etwa bei Vorurteilen, die auf der Einstellungsebene liegen – um Ungleichheitsbehandlung, also um Verhalten, das in unserer Gesellschaft illegitim ist und auf das reagiert werden muss. Diskriminierungen unterliegt ein komplexes System sozialer Verhältnisse und Beziehungen, das ungerechte Folgen für den Einzelnen aufgrund von sozio-politischen Gruppenkonstruktionen und -zuschreibungen hat. Für das Verständnis und die Bearbeitung der Thematik darf der Blick auf die Entwicklung und Wirkung von Vorurteilen allerdings nicht fehlen.

In Deutschland besteht der Bedarf, Ungleichbehandlung und Rassismus als Problemfelder in den Fokus zu rücken: Obwohl es internationale und nationale Regelwerke (u.a. ICERD, AGG), Forschungen und auch Bildungsbemühungen zum Thema gibt, bleibt „Rassismus“ als eigenständiges Thema in Deutschland bisher unterthematziert, so z.B. bei der politischen Strategieentwicklung, bei der Strafverfolgung und in Fortbildungsmaßnahmen. Das führt zu Bearbeitungsschwächen im Umgang mit Rassismus, rassistischer Gewalt und Rechtsextremismus (vgl. Schellenberg 2014). Tatsächlich ist die Anti-Diskriminierungsperspektive relativ neu im deutschen Rechtsverständnis (vgl. Schellenberg 2008; Cremer 2017), wenngleich sie bereits im Grundgesetz ausformuliert ist. Die Betonung der menschlichen Würde, zusammen mit einem effektiven Diskriminierungsschutz, bietet die Chance gesellschaftliche Stabilität, Sicherheit und Frieden zu ermöglichen.

Bildung ist ein Schlüssel

Für den Blick auf den Menschen ist Bildung ein Schlüssel: Wir engagieren uns für eine Kultur des Respekts, der Menschenrechte und der Teilhabe. Diese Kultur begreift Vielfalt als Chance für unsere Gesellschaft und macht das Leben für alle freier und sicherer.

Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen souverän und professionell arbeiten können und dass allen Menschen ein fairer und professioneller Umgang zuteil wird. Wir

entwickeln auf der Grundlage international bewährter Praxis, interdisziplinärer Forschungsbefunde und spezifischer beruflicher Herausforderungen rassismuskritische und diskriminierungssensible Bildungsmodule. Wir unterstützen staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen darin, den Blick auf den Menschen zu schulen, um allen - ob Personal oder Klientel - ihre Rechte zu gewährleisten und ein freies und sicheres Leben zu ermöglichen.

Unser Projekt „Den Menschen im Blick“

Zentrales Ziel des Projektes ist es, Grundlagen und praktische Materialien dafür zu schaffen, Führungskräfte und Mitarbeitende von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen zu befähigen, souverän und professionell mit allen Menschen (z.B. Beschäftigten, KlientInnen) in einer zunehmend diversen Gesellschaft umzugehen und sie fit zu machen für einen sicheren Umgang mit rassistischen und anderen menschenfeindlichen Orientierungen.

Unser Projekt „Den Menschen im Blick“ wird vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und der Ludwig-Maximilians-Universität München gefördert. Es richtet sich konkret an Institutionen und ihre Mitarbeitenden. Es eruiert systematisch deren jeweilige Bedarfe, u.a. durch eine teilstandartisierte Befragung, in Workshops und in persönlichen Gesprächen. In



Dr. Britta Schellenberg

Senior Researcher und Projektleiterin „Den Menschen im Blick. Kompetenzen gegen Rassismus und Diskriminierung in Beruf & Alltag“ am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft (GSI) an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Email: britta.schellenberg@lmu.de

Mitarbeit:

Paulina Seelmann

Studentische Hilfskraft im Projekt „Den Menschen im Blick.“

Diskussion mit Experten aus Wissenschaft und Praxis und Vertreterinnen der Partnerorganisationen wird ein Bildungskonzept, inklusive verschiedener Schulungsmodulen und multimedialer Schulungsmaterialien, entwickelt. Durch unsere Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Verwaltungen, Gewerkschaft und Polizei wird nicht zuletzt ein kontinuierlicher Praxiseck ermöglicht.

Zudem wird die Auseinandersetzung in strategisch relevanten Bereichen durch Workshops mit Verantwortlichen der Partnerorganisationen sowie Experten aus Wissenschaft und NGOs vertieft. Das Bildungskonzept wird durch die Durchführung von Test-Schulungen und Evaluationen weiterentwickelt.

Darüber hinaus etablieren wir mit unserer Homepage (www.den-menschen-im-blick.de) ein Online-Portal, welches zur fachlichen und öffentlichen Debatte beitragen will. Hier werden Forschungsbefunde, Praxiserfahrungen sowie Projektergebnisse veröffentlicht und diskutiert. Zu finden sind auch wissenschaftliche Analysen zur Struktur des Rassismus und insbesondere zu Gegenstrategien und „Guter Bildungs-Praxis“.

Exzellente können wir nur dann arbeiten, wenn wir wissenschaftliche Analyse mit Know-How aus der Bildungspraxis und dem Erfahrungsschatz aus den Institutionen, mit denen wir zusammenarbeiten, zusammenführen. Neben den oben genannten Kooperationen gehen wir aktuell eine tiefere Kooperation

mit der AWO (Bund) ein. Ziel ist es, Bedarfe und Herausforderungen im Detail zu erheben und im Austausch Instrumente für deren Bearbeitungen zu entwickeln. Hierfür finden aktuell auf verschiedenen Ebenen Gespräche und Testschulungen statt: von der Führungsebene über die federführende Referatsebene bis hin zu den Mitarbeitenden für unterschiedliche Themenfelder.

Ausblick

Unser Projekt wächst, Bildungsmodulen werden entwickelt und die Homepage füllt sich mit Beiträgen. Nach der Entwicklungs- und Testphase 2017 und 2018 werden wir im Jahr 2019 unsere Ergebnisse einer breiteren Fachöffentlichkeit präsentieren und verschriftlichen. Wir wollen mit den Bildungsmodulen und –materialien, zu denen auch eine Multiplikatorinnen-Schulung gehört, vielschichtige Ausgangspunkte für den kompetenten Blick auf den Menschen schaffen.

Organisationen und Institutionen können diese aufgreifen: Sie können ihre Leitbilder in unserer pluralen Demokratie reflektieren, ihre Mitarbeiter im Umgang mit Kolleginnen, Kunden oder Klienten schulen und intern strukturelle Rahmenbedingungen schaffen, um handlungsfähig in unserer diversen Gesellschaft zu bleiben. Wir freuen uns, solche Wege begleiten zu können und damit einen kleinen Beitrag für Demokratie und Menschenrechte - gegen Rassismus und Diskriminierung zu leisten.

Literatur/Links

Cremer, Hendrik (2017): *Verbreitung rassistischen Gedankenguts. Die Meinungsfreiheit hat Grenzen.* Hrsg. v. Deutsches Institut für Menschenrechte. http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/PDF-Dateien/Sonstiges/Verbreitung-rassistischen-Gedankenguts_ZDSR_Schriftenreihe_Bd11.pdf (06.04.2018).

Schellenberg, Britta (2014): *Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen*, Edition Rechtsextremismus, Wiesbaden: Springer VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2014 (zweite Auflage).

Schellenberg, Britta (2008): *Strategien gegen Rechtsextremismus in Deutschland, Analyse der Gesetzgebung und Umsetzung des Rechts, C-A-P Analyse, 2/2008.* <http://www.cap.lmu.de/download/2008/CAP-Analyse-2008-02.pdf> (06.04.2018).

Kompetenz-Portal „Den Menschen im Blick. Kompetenzen gegen Rassismus und Diskriminierung in Beruf & Alltag“. www.den-menschen-im-blick.de (Stand: 06.04.2018)

Anzeige -



**Vertrauen ist eine sichere Basis.
Die beste Empfehlung. Funk.**

Versicherungsmanagement für Einrichtungen der Wohlfahrtspflege,
Hilfsorganisationen und öffentlich-rechtliche Einrichtungen in Bayern

Mehr zum Thema: funk-gruppe.com/humanitas



Kontakt
Rüdiger Bexte
Thomas Ollsch
fon +49 89 54 46 81 30

Warum die Anstrengung sich lohnt

Demokratie find‘ ich gut? Manchmal finde ich Demokratie anstrengend.

Wenn ich etwa Demonstrationen ertragen muss, auf denen sich Neonazis und NPD-Mitglieder versammeln und gegen Ausländer hetzen. Oder wenn eine dem Rechtsradikalismus immer näher rückende Partei wie die AfD Sitze in Landesparlamenten und im Bundestag einnimmt. Oder wenn tausende Besucher ganz legal an Rechtsrock-Konzerten teilnehmen können.

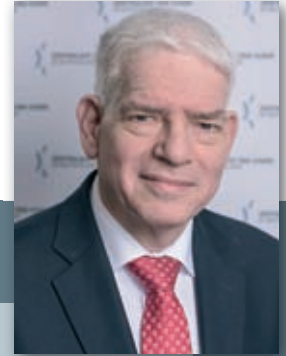
Die Demokratie gewährt viele Rechte. Das ist nicht immer leicht zu akzeptieren. Vor allem wenn die Freiheiten und Rechte missbraucht werden. Es sind derzeit in Deutschland vor allem die Rechtspopulisten, die einige Freiheiten rücksichtslos für ihre Zwecke ausnutzen. Dazu zählen die Versammlungs- und die Meinungsfreiheit. Auf ihren Demonstrationen und Parteiveranstaltungen wettern sie gegen Medien und angebliche Meinungskartelle. Damit wollen sie sowohl die Meinungs- und Pressefreiheit diskreditieren als auch Begriffe und Weltanschauungen salonfähig machen, die zu Recht bisher als Tabu galten.

Vor allem aber missachten sie das Wichtigste: Freiheit bedeutet immer auch Verantwortung. Nur wer verantwortungsvoll mit seiner Freiheit umgeht, wird ihr gerecht. Bei Pegida, AfD und Konsorten ist davon nichts zu spüren.

Statt Verantwortung zu übernehmen, machen sie den Bürgern Angst. Sie schüren Angst vor einer angeblichen Islamisierung Deutschlands oder Angst vor dem Euro. Wer Angst hat, sehnt sich nicht nach Freiheit, sondern nach starken Führern. An diese Führer delegieren verunsicherte Bürger ihre Verantwortung. Genau das wollen die Rechtspopulisten erreichen.

Diese Verunsicherung hat ihre Ursache häufig in Unwissenheit. Auch die jüdische Gemeinschaft in Deutschland stellt immer wieder fest, wie wenig die meisten Menschen über das Judentum wissen. Als Minderheit sind wir jedoch auf die Toleranz der Mehrheitsgesellschaft angewiesen. Und die Geschichte hat uns bitter gelehrt, dass es möglich war, Juden so stark aus der Gesellschaft auszugrenzen, dass ihnen mit Akzeptanz durch die Mehrheit das Lebensrecht abgesprochen werden konnte.

Daher bemüht sich der Zentralrat der Juden in Deutschland auf verschiedenen Ebenen um Dialog



Dr. Josef Schuster

Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland

und um Aufklärung. Es gibt viele Städte, in denen die jüdischen Gemeinden zum Beispiel mit Kirchengemeinden zusammenarbeiten. In Würzburg erhalten Kinder der benachbarten Realschule in unserem Gemeindezentrum Mittagessen. Da die Mahlzeiten koscher sind und damit auch halal, essen auch muslimische Schüler bei uns.

Neben interreligiösen Projekten ist der Bildungsbereich besonders wichtig. Wie wird das Judentum in der Schule vermittelt? Nur in der Zeit von 1933 bis 1945? Oder in der ganzen Breite der jüdischen Geschichte und Kultur in Deutschland? Hier haben wir gerade gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz eine kommentierte Materialsammlung für Lehrkräfte erstellt, die sie im Unterricht unterstützen soll.

Begegnungen zwischen Juden und Nicht-Juden sind ebenfalls zum Abbau von Vorurteilen wichtig. Seit einem knappen Jahr gibt es das Zentralrats-Projekt „Lirkat“. Dafür bilden wir jüdische Jugendliche aus, die zu zweit in Schulklassen gehen und aus ihrem jüdischen Alltagsleben erzählen. Hier erleben die jungen Leute, dass Juden Menschen sind wie du und ich.

Für ein respektvolles Zusammenleben von Menschen verschiedener Religionen und Kulturen in der Demokratie brauchen wir viele solcher kleinen Schritte. Das ist mitunter anstrengend. Doch es lohnt sich. Keine andere Staatsform garantiert uns in der gleichen Weise die Menschenrechte und Grundrechte wie die Religionsfreiheit oder den Minderheitenschutz. Daher ohne Einschränkung: Demokratie find‘ ich gut!



„Wenn ihr es überlebt habt, erzählt davon“...

...diesen Satz wiederholte Selin, eine Schülerin einer Förderklasse am Ende eines Rundgangs durch die KZ-Gedenkstätte Dachau, auf meine Frage, was von dem Besuch bleibt. Ich hatte diese Aussage eines Häftlings beim Rundgang verwendet. Lisa ergänzte „Sie haben uns Dinge erzählt, die mir nie wieder aus dem Kopf gehen werden. Ich will davon auch anderen erzählen.“ So wird sie Vermittlerin eines Ereignisses, das weit vor ihrer Zeit liegt.

Wir werden durch unsere Angebote Vermittler von einem Ereignis, das eigentlich nicht zu beschreiben ist. Durch die Begleitung der Menschen, die mit diesem Ort oder mit dem Ereignis in Kontakt kommen, eröffnen wir die Möglichkeit, eine Ahnung davon zu bekommen, was die Verschleppung in ein KZ für die Menschen bedeutete. Wie es ihr Leben später mit bestimmt. Wir werden somit auch Vermittler in die Gegenwart. Können nach der Bemerkung von Karoline „Ich bin froh, dass diese Zeit vorbei ist“ fragen, wo uns heute Rassismus, Antisemitismus begegnet und Menschenwürde verletzt wird. Was wir tun können, dass so etwas nicht mehr geschieht. Damit sind wir plötzlich sehr nahe an den Fragen,

wie wir unsere Gesellschaft gestalten, welche Werte wir damit verbinden und wie Demokratie zu gestalten ist. Aus einem Ort der Vergangenheit, wird ein Ort der Gegenwart.

Im Mittelpunkt der Arbeit in der Evangelischen Versöhnungskirche, die auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau liegt, stehen die Besucher*innen des Ortes. Wir begleiten sie, stellen uns ihren Fragen und suchen oft auch gemeinsam nach Antworten,

Links

Evangelische Versöhnungskirche
www.versoennungskirche-dachau.de

Gedächtnisbuch
www.gedaechtnisbuch.org

Erinnerungstag im deutschen Fußball
www.niewieder.info

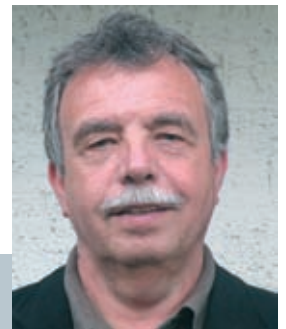
wo es vielleicht gar keine Antwort gibt. Allerdings erreichen wir und alle die anderen Organisationen, die sich in der KZ-Gedenkstätte engagieren nur einen sehr kleinen Teil der Menschen, die diesen Ort besuchen. Was nehmen sie für sich mit? Wir wissen es nicht. Vielleicht erreichen wir eine Verunsicherung im Denken und von vorgefassten Meinungen, ein genaueres Hinhören, wenn Minderheiten ausgegrenzt oder verunglimpft werden. Sicher bin ich, die Begegnung mit dem Ort, stärkt Demokratie, weil es zum Nachdenken führt.

Die Rundgänge sind ein wichtiger Teil unserer Arbeit. Dazu gehört aber noch mehr. Wir erinnern und gedenken in Veranstaltungen und Gottesdiensten an alle Häftlingsgruppen. Ein Versuch, den verfolgten Menschen wieder eine Biografie zu geben. Daher ist das Projekt Gedächtnisbuch für Häftlinge des KZ Dachau, mit der daraus entstandenen Wanderausstellung „Namen statt Nummern“, ein ganz besonders Angebot. Über 130.000 Menschen, in sieben europäischen Ländern haben sie bisher gesehen.

Interessierte können ohne historische Vorbildung eine Biografie über einen Menschen schreiben, der in das Lagersystem des KZ Dachau verschleppt wurde. In einer öffentlichen Veranstaltung werden die neuen Biografien vorgestellt und in das Gedächtnisbuch eingefügt. So werden aus Nummern wieder Namen, hinter denen eine Lebensgeschichte steht. Ein wichtiges Zeichen für die Überlebenden und deren Angehörige, aber so wird auch für viele, der meist jungen Biografen, die politische oder rassistische Verfolgung ganz konkret. Das „**Nie wieder**“ der Überlebenden konkretisiert sich und stärkt unser Anliegen Menschenwürde zu schützen.

So lange es möglich ist, laden wir zu öffentlichen Zeitzeugengesprächen ein, die immer noch auf große Resonanz stoßen. Aber auch in Veranstaltungen, z. B. zum NSU-Prozess nehmen wir Fragen unserer Zeit auf, die durch den Veranstaltungsort nochmals eine besondere Prägung erhalten. Ergänzt werden unsere Angebot durch Wechselausstellungen, die historischen Ereignisse und aktuelle Fragestellungen aufnehmen. Seit 2004 initiierten wir den Erinnerungstag im deutschen Fußball. In Zusammenarbeit mit dem DFB und der DFL werden um den Spieltag des 27. Januar vor den Spielen Texte verlesen, die an die Befreiung des KZ Auschwitz erinnert, aber immer auch Rassismus und Antisemitismus im Stadion und unserer Gesellschaft ganz aktuell thematisieren. Oft finden noch zusätzlich im oder um das Stadion Aktionen statt. So erreichen wir Menschen, die vielleicht nie eine Gedenkstätte besuchen würden.

Im „**Nie wieder**“ der Häftlinge manifestiert das Engagement, Demokratie zu stärken und Menschenwürde zu schützen.



Klaus Schultz, Diakon

Evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau

Email: kl.schultz@t-online.de

Impressum

Bayerische Sozialnachrichten
Zeitschrift der Landesarbeitsgemeinschaft
der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in
Bayern (ISSN 1617-710X)

Herausgebende

Thomas Eichinger, Vorsitzender
Johanna Rumschöttel, Stellvertr. Vorsitzende
Hendrik Lütke, Geschäftsführer
Verlag: Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen
und freien Wohlfahrtspflege in Bayern
Nördl. Auffahrtsallee 14, 80638 München
Telefon 089/153757- Telefax 089/15919270
E-Mail: LAGoefW-Bayern@t-online.de
Internet: www.lagoefw.de

Redaktion und Anzeigen

Hendrik Lütke (verantwortlich)
Nördl. Auffahrtsallee 14 | 80638 München

Gültig ist die Anzeigenpreisliste vom 1.1.2016.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Mei-
nung des Verfassers wieder. Nachdruck nur unter
Quellenangabe gestattet.

Redaktionsschluss

der Ausgabe 3/2018: 18.06.2018
Die *Bayerischen Sozialnachrichten*
erscheinen in jährlich fünf Ausgaben
mit Beilage der Zeitschrift „Pro Jugend“.



Dieses Projekt wird gefördert durch:

Bayerisches Staatsministerium für
Arbeit und Soziales, Familie und Integration



Zukunftsministerium
Was Menschen berührt.

Abonnementpreis

24,30 Euro pro Jahr incl. Versandkosten
u. Mehrwertsteuer. Kündigung des
Jahresabonnements schriftlich bis sechs
Wochen zum Jahresende. Bei Abonen-
ten, die am Lastschriftverfahren
teilnehmen, wird der Jahresbetrag ohne
Rechnungsstellung eingezogen.

Layout und Druck:

Inge Mayer Grafik & Werbung
Amundsenstr. 8 | 85055 Ingolstadt
Email: ingemayer@t-online.de
Fotos: Pixabay Mohamed Hassan

Fakturierung: Insel e.V. - Förderver-
ein für psychisch kranke Menschen
Esplande 1 | Ingolstadt

Beratung und Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt in Bayern



Die Geschichte von B.U.D. e.V.

2009 regt die „Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben! Bayern gegen Rechtsextremismus“ (LKS) die Einrichtung einer Beratung für Opfer rechter Gewalt an. „B.U.D. Beratung. Unterstützung. Dokumentation. Für Opfer rechtsextremer Gewalt“ als bayernweite Anlaufstelle entsteht, zunächst als Teil der LKS. Aufgrund der geringen finanziellen Ausstattung kann B.U.D. mit freien Mitarbeiter_innen nur auf Anfragen reagieren, proaktives Vorgehen, das im Bereich rechter Gewalt wichtig ist, ist schlicht nicht möglich.

Im Sommer 2015 gründet sich der Verein B.U.D. e.V., weil die Opferberatung inhaltlich und strukturell unabhängig sein und bedingungslos parteilich im Sinne der Betroffenen handeln will.

2017 steigen die von Bundesprogrammen (aktuell „Demokratie leben!“) zur Verfügung gestellten Mittel für B.U.D. e.V. Der Verein schafft erstmals zwei halbe Arbeitsstellen in Festanstellung. Das ermöglicht ihm regelmäßige Recherche von rechten Übergriffen und vorausplanende Unterstützungsangebote. Auch die beständige Dokumentation rechter Gewalt in Bayern kann der Verein jetzt in Angriff nehmen.

Trotz dieser Verbesserungen ist die Ausstattung der Opferberatung in Bayern ungenügend, da die notwendige Vernetzung der Arbeit im Flächenland Bayern aufwendig ist. Umfassende Fallrecherchen und die Beratung Betroffener benötigen deutlich mehr Geld.

2018 hat B.U.D. e.V. die Anerkennung als gemeinnütziger Verein erhalten und kann Spenden entgegennehmen – ein wichtiger Schritt zur Absicherung seiner Arbeit. B.U.D. e.V. steht vor der Herausforderung wachsender rechter Übergriffe, die zunehmend in der „Mitte der Gesellschaft“ Akzeptanz, mitunter sogar Unterstützung finden.

Betroffene in der Beratung

Opfer von rechter Gewalt waren und sind in Bayern zunächst Geflüchtete. Betroffen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind auch Juden und Jüdinnen, die aus antisemitischen Motiven angegriffen werden, Wohnungslose, Menschen mit Behinderung,

Journalist_innen, Politiker_innen, alternativ lebende Personen oder Bürger_innen, die sich gegen Rechts engagierten.

B.U.D. e.V. berät direkt Betroffene, ihr soziales Umfeld oder Zeug_innen vor Ort, kostenlos und auf freiwilliger Basis. Die Beratung ist vertraulich, auf Wunsch anonym, unabhängig, mehrsprachig. Dazu gehört Hilfe zur Anzeigenstellung, Begleitung zur Polizei, zu anderen Behörden und psychosoziale Beratung. B.U.D. e.V. vermittelt Anwält_innen oder Therapiemöglichkeiten und hilft bei Fragen der Finanzierung. Gemeinsam mit den Betroffenen und nur auf deren ausdrücklichen Wunsch hin macht B.U.D. e.V. den rechtsmotivierten Übergriff öffentlich und erarbeitet gemeinsam mit Kooperationspartner_innen lokale Intervention und Solidarität.

Perspektive der Betroffenen

Als Opferberatung richtet B.U.D. e.V. den Blick auf die Perspektiven der Betroffenen und weist auf Tatfolgen und Bedürfnisse Betroffener rechter Gewalt in der Öffentlichkeit hin, wenn gewünscht auch im konkreten Einzelfall. Rechte Gewalt unterliegt politisch motivierter Wahrnehmung. Rechtsmotivierte Angriffe richten sich gegen Einzelne. Die Gewalttätigen verorten diese Einzelnen als Zugehörige einer von ihnen abgewerteten Gruppe. Deshalb trifft rechte Gewalt immer auch die offene, auf Menschenrechten basierende Gesellschaft.

Unterm Strich

B.U.D. e.V. ist eine streng vertraulich arbeitende Anlaufstelle für Betroffene rechter Gewalt, unterstützt und stärkt sie in ihrer Handlungsfähigkeit. B.U.D. e.V. trägt zur Sensibilisierung für und zur Auseinandersetzung mit rechter Gewalt in unserer Gesellschaft bei.

Kontakt: B.U.D. e.V.

Postfach 440153 | 90206 Nürnberg

Hotline: 0151 216 53 187

Mail: info@bud-bayern.de

www.bud-bayern.de

Digitale Transformation und Werte – das Wertebündnis Bayern stellt Fragen und sucht Antworten

Am 13. März 2018 kamen 140 der mittlerweile 163 Wertebündnispartner zur 27. Vollversammlung zusammen, um sich mit namhaften Experten über die digitale Transformation in den gesellschaftlich relevanten Bereichen auszutauschen – immer unter dem Blickwinkel von Wertefragen.

Elfriede Kersch, IHK, bearbeitete den Bereich „Wirtschaft und Arbeitswelt“. Herausfordernd sei ein steter Wandel von Berufsbildern sowie die fortschreitende Automatisierung. Auch der Wert von Daten, Datenerhebung und der Umgang damit verändere sich. Hier sah sie auch staatlichen Handlungsbedarf, vor allem bei Arbeitsrecht, Datenschutz und Breitbandausbau. Digitalisierung betreffe alle Bereiche des Unternehmens. In erster Linie seien Investitionen und Weiterbildung in Unternehmen wichtig. Auch die Art und Weise der Arbeit (Arbeit 4.0) verändere sich, so dass Agilität und Soft Skills wie Teamfähigkeit gefragt seien. Auch die Führungskultur müsse sich ändern, „digital leadership“ definiere die Führungskraft eher als Mentor.

Prof. Dr. Daniel Flemming, Kath. Stiftungshochschule München, fokussierte im Bereich „Gesundheit“ auf die Chance der Digitalisierung angesichts des ökonomischen Drucks, des Personalmangels im Pflegebereich und der demografischen Entwicklung. E-Health sei das Stichwort für die Vernetzung des gesamten medizinischen Bereichs. Er kritisierte die unzureichende Einbindung der Pflege in die Digitalisierung. Besonders innovativ sei der Bereich „mobile health“. Die mittels Armbändern oder Kleidung aufgezeichneten Daten müssten jedoch ihre Qualität erst nachweisen. Er sah auch die Gefahr eines „Ausnutzens“ dieser Daten durch Unternehmen und stellte das Verhältnis zwischen Datennutzung und Privatsphäre in Frage. Digitale Errungenschaften leisten unbestritten wertvolle Unterstützung in der Pflege, aber die Frage, ob auch die Kernprozesse in der Interaktion mit dem Patienten dafür geeignet seien, müsse ethisch reflektiert werden. Stefan Primbs, BR, zeigte im Bereich „Journalismus“ die Herausforderungen durch Fake-News auf. Vor einem Jahr wurde die Einheit Verifikation gegründet, um Fake-News zu erkennen. Er stellte die Veränderung der Mediennutzung und des Vertrauens in die Medien dar und leitete daraus ab, dass die Medienschaffenden ihre Arbeitsweise an die neuen Rezeptionsweisen anpassen müssen. Der durchschnittlichen Verweildauer von 30 Sekunden bei einem Beitrag könne man nur dadurch begegnen, dass man alles Wichtige gleich zu Anfang sage. Der Vertrauenskrise könne man nur durch Transparenz und Aufklärung über die Arbeitsweise der



Medien entgegneten. Mehr Medienkompetenzbildung, auch für Erwachsene, sei nötig.

Prof. Dr. Dr. h. c. Julian Nida-Rümelin entwarf eine Ethik der digitalen Informationsgesellschaft. „Siri ist kein Gegenüber!“ Mit dieser Aussage distanzierte er sich von Silicon Valley Fantasien eines beseelten Roboters und stellte die Prinzipien Wahrhaftigkeit, Vertrauen und Verlässlichkeit als Basis einer echten Kommunikation dar. Bildung in der digitalen Informationsgesellschaft müsse vor allem das humanistische Ideal der eigenständigen Urteilskraft ins Zentrum rücken, denn Informationen seien im Übermaß abrufbar. Was es aber brauche, um sich ein verlässliches Urteil bilden zu können, um Realitätsbezug, Zivilcourage und eine kohärente Lebenspraxis zu entwickeln, seien Zeit zum Nachdenken, Reflexion, Distanz und Tiefe. Durch die kompakte Darstellung der Veränderungen, von „digital leadership“ über Pflegeroboter bis zu „fake news“, wurde augenfällig: Es ist an der Zeit, die digitale Revolution aktiv zu gestalten und die dazugehörigen Wertedebatten ohne Tabus zu führen.

*Dr. Andrea Taubenböck, Ministerialrätin
Geschäftsführender Vorstand Stiftung Wertebündnis
andrea.taubenboeck@wertebuendnis-bayern.de*

#wertebuendnisbayern:

Seit der Gründung im Jahr 2010 hat sich das Wertebündnis Bayern zu einer echten Erfolgsgeschichte entwickelt. Mittlerweile vereint das Bündnis über 160 Organisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen, darunter Kirchen, Religionsgemeinschaften, Lehrer- und Elternverbände sowie Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.

2015 wurde das Wertebündnis mit der Gründung der Stiftung durch den Freistaat Bayern zukunftsfähig gemacht. Aufgabe der Stiftung ist es, das Wertebündnis zu unterstützen, um auch in Zukunft die für den Zusammenhalt in einer demokratischen Gesellschaft relevanten Werte ins Bewusstsein zu rufen.

www.wertebuendnis-bayern.de

Die Betreuungsvereine in Bayern brauchen Ihre Unterstützung!

Unterschriftenaktion in Bayern

In Bayern engagieren sich rund 200.000 Ehrenamtliche in der mit besonderer Verantwortung verbundenen „rechtlichen Vertretung“ eines Menschen auf der Grundlage einer gesetzlichen Betreuung oder einer Bevollmächtigung. Unterstützt und qualifiziert beraten werden die Ehrenamtlichen durch die regionalen Betreuungsvereine.

Der Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft nimmt stetig zu. 20 Prozent der Gesamtbevölkerung sind über 65 Jahre alt - mit steigender Tendenz. Jeder vierte der über 65-Jährigen leidet an psychischen Störungen. Ein Viertel der über 85 Jahre alten Mitbürgerinnen und Mitbürger ist von dementiellen Einschränkungen betroffen und bedarf der Unterstützung in der Wahrnehmung und Vertretung seiner Interessen.

Nicht nur ältere Menschen brauchen Hilfestellung. Psychische Erkrankungen und Behinderungen gibt es in allen Altersgruppen. Personen, die von Geburt an oder unfallbedingt mit einer schweren körperlichen oder geistigen Behinderung ihren Alltag bewältigen, sind ebenfalls auf die Unterstützung durch Betreuer oder Bevollmächtigte angewiesen. Die Verrechtlichung unserer Gesellschaft erschwert insbesondere Menschen mit kognitiven Einschränkungen die selbständige Regelung ihrer Angelegenheiten.

Der Verstetigung und dem Ausbau der Arbeit der lediglich 133 bayerischen Betreuungsvereine kommt daher besondere Bedeutung zu.

Die Unterschriftenkampagne hat zum Ziel, dass die Betreuungsvereine finanziell angemessen ausgestattet werden. Die Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages zur Beratung, Begleitung und Gewinnung ehrenamtlicher rechtlicher Betreuer und Bevollmächtigter wird flächendeckend nur so ermöglicht. Um diese Arbeit sicherzustellen müssen im Doppelhaushalt 2019/20 dafür 3 Mio. Euro eingestellt werden.

Im Nachtragshaushalt 2018 der Bayerischen Staatsregierung konnte als Zwischenschritt bereits eine Anpassung der Förderung auf 1,5 Mio. Euro erreicht werden.



In einer Informationsveranstaltung im Bayerischen Landtag wurde die Tätigkeit der Vereine und deren großer gesellschaftlicher Mehrwert im Juli 2017 vorgestellt. Betreuungsvereine und Betreuungsbehörden diskutierten im Austausch mit den Abgeordneten die Bedeutung der Arbeit. Deutlich wurde, dass ohne den Ausbau der Förderung und der Begleitung des ehrenamtlichen Engagements die Herausforderungen nicht gestemmt werden können.

Mit den im Rahmen der Kampagne gesammelten Unterschriften helfen Sie uns die Erhöhung der Förderung durch die Einstellung der 3. Mio. Euro im Doppelhaushalt 2019/2020 der Staatsregierung einzufordern.

Bitte werben auch Sie in Ihrem Umfeld für die Aktion und unterstützen Sie uns auch mit Ihrer persönlichen Unterschrift.

Thomas Eichinger, Landrat
Vorsitzender der LAG Ö/F

Johanna Rumschöttel, Altlandrätin
Stellv. Vorsitzende der LAG Ö/F

Bitte fordern Sie Unterschriftenlisten über unsere Homepage an:

www.lagoefw.de/news/

Senden Sie uns diese sobald als möglich, spätestens bis Ende August 2018, auf dem Postweg zurück. Gerne stehen wir Ihnen für Rückfragen zur Aktion auch unter der Tel.: 089/153757 zur Verfügung.

FACHTAG



**BAYERISCHER
LANDKREISTAG**

Landesarbeitsgemeinschaft
der öffentlichen und freien
Wohlfahrtspflege in Bayern

Mittwoch, 4. Juli 2018

9.30 Uhr - 16.00 Uhr

Haus Eckstein | Burgstraße 1-3 | 90403 Nürnberg

Anmeldung unter:

www.lagoefw.de/news/

Demografische Herausforderung Pflege im ländlichen Raum

Der in einigen Regionen schon heute bestehende Pflegenotstand erfährt vor dem Hintergrund der bundesgesetzlichen Reformanstrengungen zunehmend an politischer Beachtung. Auch die Resonanz des 7. Altenberichts zur Sorge und Mitverantwortung in der Kommune in Politik und Medien trägt dazu bei. In der Kommunalpolitik wird intensiv über die Errichtung neuer Pflegestützpunkte diskutiert, um eine neut-

rale Beratung vor Ort zu gewährleisten. Der Bayerische Landkreistag und die Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern (LAG Ö/F) sehen in der Zukunft der Pflege im ländlichen Raum eine der großen demografischen Herausforderungen für die älter werdende Bevölkerung. Am Vormittag sollen der 7. Altenbericht und wesentliche Inhalte der landesrechtlichen Ausgestaltung

der Instrumente zur Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege diskutiert werden.

Am Nachmittag besteht die Möglichkeit, sich in vier verschiedenen Workshops vertieft mit der Materie zu befassen.

Der Fachtag richtet sich an Landräte sowie an die politischen Entscheider der Mitgliedsverbände der LAG Ö/F. Das Tagungsprogramm wird derzeit ausgearbeitet.

BRK-Kreisverband Hassberge - Bessere Bildung, bessere Chancen: Angebote für Jugendliche

Bayerisches Rotes Kreuz. Bis zu elf Teilnehmern die Möglichkeit bieten, sich zu qualifizieren und an die Arbeitswelt herangeführt zu werden, das hat sich die Produktionsschule (PSH) des BRK-Kreisverbandes Haßberge für benachteiligte Jugendliche zur Aufgabe gemacht. Gegründet 2005 als erste ihrer Art in Bayern und seit Januar 2018 mit dem Gütesiegel „Soziale und berufliche Integration“ ausgezeichnet.

In den drei Qualifizierungsbereichen Änderungsschneiderei, Secondhand-Laden und Internet-Agentur erhalten die Jugendlichen nicht nur berufliche Orientierung, sondern auch ihre Ausbildungsreife, trainieren vielfältige Fertigkeiten, werden in Ausbildung und Beruf integriert und

zur eigenständigen Lebensführung befähigt. Die PSH ist das einzige arbeitsweltbezogene Jugendhilfe-projekt im Landkreis, das sich gezielt an Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren richtet, die am Übergang von Schule zu Beruf stehen und die aufgrund von inhärenten Defiziten noch keine Ausbildungsreife haben. „Die Teilnehmer werden hier als junge Menschen mit unterschiedlichen Potenzialen und versteckten Stärken gesehen, welche erkannt und freigelegt werden müssen“, so Karina Hauck, Team Soziale Arbeit im BRK-Kreisverband Haßberge. Mit den neu entdeckten Potenzialen und einem Bildungsabschluss gelingt der Übergang in eine Ausbildung, ein Praktikum oder in die Berufswelt



**Bayerisches
Rotes
Kreuz**

nach der ESF-Bayern (Europäischer Sozialfonds) geförderten Maßnahme meistens sehr gut. Jedoch gibt es auch Fälle, bei denen die Jugendlichen wieder in alte Muster verfallen. Dann ist eine Rückkehr in die Produktionsschule nur in Ausnahmefällen möglich. Hier würden sich die Projektpartner mehr Flexibilität für die Förderung nicht-linearer Bildungskarrieren wünschen.

Quelle: BRK Einsatzbereit, 01/2018.

*Ansprechpartnerin der Produktionsschule:
Karina Hauck Teamleitung Migration und
Produktionsschule Haßberge
E-Mail: karina.hauck@kvhaßberge.brk.de*

Freie Wohlfahrtspflege Bayern formuliert Vorschläge zur Armutsbekämpfung. Altersgesundheitsgeld ein erster Schritt?



LAG F/W. Arm - und das im reichen Bayern? Die Armutgefährdungsquote in Bayern steigt weiter und insbesondere ältere Menschen gelten mittlerweile als überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen; die Armutgefährdungsquote beträgt hier bis zu knapp 19 Prozent. Aus diesem Grund stellen die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege im Vorfeld der diesjährigen Landtagswahlen die Armutsbekämpfung in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit. In ganz Bayern werden in den kommenden Monaten Podiumsveranstaltungen und Diskussionsrunden zum Thema Armut stattfinden; den Anfang machte jetzt die bayerische Diakonie. Unter dem Titel „Alt – arm – abgehängt“ diskutierten Vertreter und Vertreterinnen von Diakonie, Kirche, den Verbänden und der Politik die zunehmende Altersarmut in Bayern und suchten nach Gegenstrategien. „In Bayern sind knapp 20 Prozent der Frauen und knapp 17 Prozent der Männer über 65 auf Grundversicherungsleistungen angewiesen – das sind immerhin fast 70.000 Personen“, so Michael Bammessel, Präsident der Diakonie Bayern und diesjähriger Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege, bei der

Veranstaltung in Bamberg. Die Reparatur einer kaputten Brille oder des Hörgeräts sei da oftmals schon nicht mehr drin. Ein Vorschlag der Veranstaltungsteilnehmenden: die Einführung eines Altersgesundheitsgeldes in Höhe von monatlich 50.- Euro für Menschen ab dem 65sten Lebensjahr im SGBII-Bezug. „Dies könnte ein erster Schritt sein, um die gesundheitlichen Folgen von Altersarmut zumindest abzumildern.“

Um die Armutfolgen insbesondere im ländlichen Raum zu mindern, könnten im Freistaat „Ambulante Seniorenberatungen“ eingeführt werden. „Ähnlich den ambulanten Pflegediensten könnten Fachleute die Betroffenen zuhause aufsuchen und sie über ihre Rechte und die ihnen zustehenden Leistungen informieren sowie ihnen bei der Beantragung helfen.“ Denn wie die Erfahrung der Verbände zeige, wüssten viele Betroffene zu wenig über ihre Ansprüche gegenüber Kassen und Ämtern.

Um Altersarmut wirksam zu bekämpfen, so Bammessel, seien jedoch nicht nur Maßnahmen auf Landesebene notwendig; auch die Bundespolitik sei gefragt. „Die Höhe vieler Leistungen wird durch die

Bundesgesetzgebung festgelegt, wie z. B. eine armutssichere Altersgrundsicherung oder ein Rentenniveau nicht unter 50 Prozent. Hier hoffen wir auf entsprechende Initiativen der bayerischen Politik auf Bundesebene.“

Die Ideen der Teilnehmenden in Bamberg sollen im Sommer – gemeinsam mit den Vorschlägen der noch folgenden Regionalveranstaltungen der anderen Verbände – auf der 8. Bayerischen Armutskonferenz diskutiert und dann noch vor den Landtagswahlen im Herbst der Politik übergeben werden.

Die Daten der weiteren regionalen Veranstaltungen „Arm im reichen Bayern“ finden Sie online unter

www.freie-wohlfahrtspflege-bayern.de

Aktuelle Informationen aus der FW gibt es auch bei Twitter unter

[@freiewohlfahrt](https://twitter.com/freiewohlfahrt)

Die in der Freien Wohlfahrtspflege Bayern zusammengeschlossenen Verbände sind die Arbeiterwohlfahrt, das Bayerische Rote Kreuz, die Caritas, das Diakonische Werk Bayern, der Landesverband der Israelitischen Kulturgemeinden und der Paritätische Wohlfahrtsverband. In Bayern unterhalten die Wohlfahrtsverbände und ihre angeschlossenen Organisationen rund 14.500 Facheinrichtungen und Projekte im gesamten sozialen Bereich. Sie beschäftigen etwa 190.000 hauptberufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zusätzlich engagieren sich im Raum der Freien Wohlfahrtspflege Bayern etwa 250.000 Menschen ehrenamtlich.

Freie Wohlfahrtspflege Landesarbeitsgemeinschaft Bayern



Arme Menschen nicht gegeneinander ausspielen Bündnis fordert offensive Sozialpolitik

DER PARITÄTISCHE. Entschlossene Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und eine sofortige Anhebung der Regelsätze in der Grundversicherung für alle hier lebenden, bedürftigen Menschen fordert ein breites Bündnis von der neuen Bundesregierung anlässlich der Debatte um die Tafeln. Zu den Erstunterzeichnern der Erklärung gehören u.a. die Nationale Armutskonferenz, der Paritätische Wohlfahrtsverband, der DGB, der Sozialverband VdK Deutschland, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, der Deutsche Kinderschutzbund, die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe und PRO ASYL. Viele Organisationen sind dem Aufruf gefolgt: Ende März haben bereits 450 Organisationen die Erklärung unterschrieben.

Der Aufruf im Wortlaut:

„Die momentan geführte öffentliche Diskussion um eine Tafel zeigt, dass arme Menschen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Sozialstaatliche Leistungen müssen dafür sorgen, dass für alle hier lebenden Menschen, gleich welcher Herkunft, das Existenzminimum sichergestellt ist. Es ist ein Skandal, dass die politisch Verantwortlichen das seit Jahren bestehende gravierende Armutproblem verharmlosen und keine Maßnahmen zur Lösung einleiten. Damit drohen neue Verteilungskämpfe.

Die Zahl derer, bei denen Einkommen und Sozialleistungen nicht im mindesten ausreichen, um Armut zu verhindern, wird zunehmend größer. Es betrifft Wohnungslose, in Altersarmut Lebende, prekär Beschäftigte, Alleinerziehende, Erwerbslose und Geflüchtete.

Wieder einmal wird sichtbar, worauf Fachleute seit Jahren hinweisen: Die Regelsätze in Deutschland sind zu

www.der-paritaetische.de/aufruf/

„Ich will Hunger auf's Leben haben, nicht Hunger leiden!“

Jeder Mensch hat das Recht auf Gesundheit – unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, Religion oder Weltanschauung, sexueller Identität, materieller Situation, Behinderung, Beeinträchtigung, Pflegebedürftigkeit oder Krankheit. Nur wer seine Rechte kennt, kann auch für sie kämpfen. Wir stehen an Eurer Seite.

www.mensch-du-hast-recht.de

70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

MENSCH, DU HAST RECHT!

DER PARITÄTISCHE

gering bemessen, um grundlegende Bedürfnisse abzudecken. Für Ein-Personen-Haushalte und Alleinerziehende sieht der Hartz IV-Regelsatz täglich 4,77 Euro für Essen und alkoholfreie Getränke vor. Für Kinder im Alter unter sechs Jahren sind 2,77 Euro vorgesehen, für Kinder von sechs bis 14 Jahren 3,93 Euro. Dass Menschen, egal welcher Herkunft, überhaupt die Leistungen der Tafeln in Anspruch nehmen müssen, ist Ausdruck politischen Versagens in diesem reichen Land. Die Ehrenamtlichen der Tafeln vor Ort dürfen nicht länger dazu dienen, armutspolitisches Unterlassen auszugleichen.

Die Sicherung des Existenzminimums ist Aufgabe des Sozialstaates und nicht privater Initiativen und ehrenamtlichen Engagements. Wir fordern die zukünftige Bundesregierung auf, die Regelsätze in Hartz IV und der Sozialhilfe auf ein bedarfsgerechtes und existenzsicherndes Niveau anzuheben. Dies muss auch für die Leistungen für Geflüchtete gelten, die bisher sogar noch niedriger sind. Sozialleistungen müssen nicht nur das nackte Überleben, sondern auch ein Mindestmaß an Teilhabe ermöglichen. „Unterstützen auch Sie mit Ihrer Organisation unseren Aufruf!“



Projekt: „Einfach mein Recht“ ist ein Beitrag zur Demokratie

Arbeiterwohlfahrt. „Nach Ihrer Ankunft in Deutschland haben Sie viele Möglichkeiten und Rechte, die Sie unbedingt nutzen sollten. Doch Sie müssen Ihre Rechte nicht nur kennen, sondern auch dafür eintreten. Dafür können Sie sich Unterstützung suchen. Beratungsstellen bieten bundesweit Unterstützung zu vielen Themen an.“ Dieser Eingangstext ist im Internet auf der Startseite des Projekts „Einfach mein Recht“, das der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt realisiert hat, zu lesen. Mit seiner modernen und vor allem benutzerfreundlichen Darstellungsform und seinen polyglotten Inhalten spricht die Plattform alle Altersgruppen und mehrere Gruppen von Migrant*innen an.

Adressat*innen des Projekts sind alle Menschen, die nach Deutschland zuwandern. Sein Ziel ist es, diese Neu-Bürger*innen über die Rechte, die sie in der Bundesrepublik haben, zu informieren. Mit kurzen Texten und Erklärfilmen in insgesamt sieben Sprachen wird beispielsweise das Recht auf Teilhabe

erläutert. In diesem Zusammenhang wird darüber informiert, dass sich alle Menschen, die sich rechtmäßig in Deutschland aufhalten, individuell entfalten und bilden dürfen und dass ihnen eine Grundversorgung sowie Kulturangebote zustehen. Dazu gehört die Gesundheitsversorgung ebenso wie Kita-Plätze für den Nachwuchs.

Außerdem wird veranschaulicht, dass beim Zugang zu all dem auch ein Recht auf Unterstützung besteht. Für diese finanziellen, materiellen oder sozialen Hilfen wird auf die zuständigen Fach- und Regeldienste, die nicht zuletzt die Wohlfahrtsverbände bereithalten, verwiesen.

Präzise und anschaulich ist auch das Material zum Thema Bleibe-recht („Welche Voraussetzungen muss ich erfüllen, um dauerhaft in Deutschland bleiben zu können?“) und Schutz („Was sind die Unterschiede zwischen Asyl und Flüchtlingsanerkennung?“) aufgebaut. Es wird deutlich, dass nicht alles erlaubt oder möglich ist, sondern bestimmte Voraussetzungen erfüllt

werden müssen, um beispielsweise eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung für Deutschland zu erlangen.

In der Zusammenschau werden die vielfältigen Aspekte und Chancen, die das Gemeinwesen ausmachen, aufgezeigt und gleichsam wird die übergeordnete Intention des Projekts deutlich: Im Zuwanderungsland Deutschland muss auf zeitgemäßen Kanälen genau darüber informiert werden, dass die Bundesrepublik die dafür notwendige Infrastruktur wie Migrationsberatung bereithält. Vor allem aber handelt es sich bei „Einfach mein Recht“ um politische Aufklärungsarbeit in Reinform. Die Leser*innen und Hörer*innen erfahren zum einen, welche Rechte sie hierzulande haben und zum anderen, wie sie diese, wo nötig, mit fachkundiger Unterstützung, selbst wahrnehmen können – und das als mündige Bürger*innen auch tun sollten.

Diese Hilfestellung zur Emanzipation in sozialpolitischen Belangen entspricht Handeln im Rahmen sozialer Arbeit, wie es die Arbeiterwohlfahrt grundsätzlich versteht: Menschen informieren, aber auch befähigen, für sich selbst einzutreten, damit sie kurzfristig Lösungen auf drängende Fragen und Probleme finden und sie mittelfristig und dauerhaft selbstbestimmt im Kontext einer parlamentarischen Demokratie leben und diese mitgestalten können. Damit untrennbar verbunden ist die Achtung vor der eigenen Menschenwürde und die anderer. Dabei ist es wichtig, nicht zu belehren, sondern vorurteilsfrei Wissen zu vermitteln. „Einfach mein Recht“ ist im Jahr 70 seit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein gelungener Beitrag zu deren Unterstützung.

*Prof. Dr. Thomas Beyer
Landesvorsitzender
der Arbeiterwohlfahrt in Bayern*

Neu in Deutschland? Ihre Rechte, einfach erklärt.



www.einfachmeinrecht.awo.org



Weitere Informationen über den YouTube-Kanal

<https://www.youtube.com/playlist?list=PL3Z3eHrjZURDQvIUz-spqA93LSTyFkY7F>



Andreas Reckwitz

Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne

Verlag: Suhrkamp Verlag | 5. Auflage (10/2017)

ISBN-10: 3518587064 | 28,00 Euro

Das Besondere ist Trumpf, das Einzigartige wird prämiert, eher reizlos ist das Allgemeine und Standardisierte. Der Durchschnittsmensch mit seinem Durchschnittsleben steht unter Konformitätsverdacht. Das neue Maß der Dinge sind die authentischen Subjekte mit originellen Interessen und kuratierter Biografie, aber auch die unverwechselbaren Güter und Events, Communities und Städte. Spätmoderne Gesellschaften feiern das Singuläre.

Ausgehend von dieser Diagnose, untersucht Andreas Reckwitz den Prozess der Singularisierung, wie er sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Ökonomie, Arbeitswelt, digitaler Technologie, Lebensstilen und Politik abspielt. Mit dem Anspruch einer Theorie der Moderne zeigt er, wie eng dieser Prozess mit der Kulturalisierung des Sozialen verwoben ist, welche widersprüchliche Dynamik er aufweist und worin seine Kehrseite besteht. Die Gesellschaft der Singularitäten kennt nämlich nicht nur strahlende Sieger. Sie produziert auch ihre ganz eigenen Ungleichheiten, Paradoxien und Verlierer. Ein wegweisendes Buch.



In Augsburg trifft sich die Welt

In Augsburg trifft sich die Welt: zur 25. IAVE Welt-Freiwilligenkonferenz vom 16. bis 20. Oktober 2018. Der Weltverband IAVE (International Association for Volunteer Effort) lädt alle zwei Jahre freiwillige und berufliche Führungskräfte des bürgerschaftlichen Engagements aus der ganzen Welt ein. Diese Konferenz gilt als das wichtigste Treffen für Verantwortliche, die in ihrer Region oder international freiwillig engagiert sind, um lokal die Lebenssituation der Menschen zu verbessern.

Für Augsburg ist dieses Ereignis einzigartig. Die Konferenz findet zum ersten Mal in Deutschland statt. Eingeladen sind Mitarbeiter*innen,

die mit Freiwilligen arbeiten oder aus Unternehmen kommen, die sich engagieren. Dazu auch nationale und internationale Führungspersonlichkeiten, die u.a. in Verbänden und Initiativen Verantwortung für bürgerschaftliches Engagement tragen.

Themen

Im Plenum, in Podiumsdiskussionen und Workshops werden die definierten Themen vorgestellt, diskutiert und insbesondere in den Workshops konkretisiert und weiterentwickelt. Das Spannende dabei ist, dass die Teilnehmer*innen aus den verschiedensten Ländern Ihre Erfahrungen, Sichtweisen und Erlebnisse einbringen werden.

Referenten

Weltweit bekannte Referenten haben ihre Teilnahme zugesagt. Mit Felix Finkbeiner, Bundesminister Gerd Müller, Olivier Adam und Prof.

Helmut Anheier sind spannende und informative Plenumsvorträge garantiert. Viele bekannte Namen haben ihre Teilnahme bereits signalisiert. Es lohnt sich an der Konferenz teilzunehmen. Für das Networking ist trotz eines straffen Programms Zeit. Und wo, wenn nicht auf einer solchen Konferenz, lernt man so viele unterschiedliche Menschen kennen, die mit ihrem Freiwilligenengagement Lebensbedingungen in aller Welt verbessern wollen.

Melden Sie sich jetzt an!

Kontakt:

Wolfgang Krell, Geschäftsführer
Freiwilligen-Zentrum Augsburg
Telefon: 0821 / 450 422 0
Email: krell@freiwilligen-zentrum-augsburg.de

Informationen zur 25. IAVE
Welt-Freiwilligenkonferenz:

www.iave.org/wvc2018



„Perspektiven eröffnen, Rhetorik entschärfen!“

Landes-Caritasdirektor Piendl fordert Versachlichung der Flüchtlingsdebatte

Caritas. Landes-Caritasdirektor Prälat Bernhard Piendl fordert eine Versachlichung der Debatte zum Umgang mit Asylsuchenden und Flüchtlingen: „Ich sehe mit großer Sorge eine deutliche Polemisierung und Verengung der Diskussionen. Die Schicksale hinter den Geschichten der Menschen, die bei uns Zuflucht suchen vor Krieg, Zerstörung ihrer Heimat und Bedrohung für Leib und Leben, werden nicht mehr gesehen. An ihre Stelle tritt zunehmend eine zum Teil unsägliche Rhetorik, die nur noch die Abschiebung in den Mittelpunkt rückt und als einziges Handlungsfeld erscheinen lässt. Hier bräuchte es dringend einen nüchternen Umgang mit der Situation und eine menschlichere Rhetorik, um keine Ängste zu schüren und die Gesellschaft zu spalten. Wichtigstes Augenmerk sollte sein, Menschen in Not zu helfen und jeden, ob sein Asylgesuch nun berechtigt ist oder nicht, menschenwürdig zu behandeln.“

In der aktuellen Rhetorik würden Sachverhalte zum Teil nur sehr einseitig oder gar falsch dargestellt, so Piendl: „Ein ablehnender Asylbescheid durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge führt in der Regel zu einer Aufforderung zur Ausreise durch die Ausländerbehörde, kann aber auch die Möglichkeit einer zeitlich befristeten Duldung eröffnen. Zu einer Abschiebung kommt es dann, wenn der abgelehnte Asylbewerber der Ausreiseaufforderung nicht innerhalb der angegebenen Frist nachkommt.“

„Wenn ein Asylantrag abgelehnt wurde, heißt das noch nicht, dass die Menschen sofort ausreisen müssen, beispielsweise weil sie aus nicht sicheren Herkunftsländern kommen

und man sie nicht guten Gewissens nach Hause abschieben kann. Ihnen die Zeit hier so unangenehm wie möglich zu machen ist aber keine Lösung: Sie sollten ihre Zeit bei uns sinnvoll nutzen können – für uns als Gesellschaft, indem sie zu ihrem Lebensunterhalt selber beitragen, aber auch für sich und die Länder, in die sie zurückkehren. Wenn sie hier beispielsweise eine Ausbildung machen, kann ihnen das auch in ihrem Heimatland eine Perspektive eröffnen und sie können sich in ihren Heimatländern eine Existenz aufbauen. Sie kehren mit erhobenem Haupt zurück, erfahren die Anerkennung ihrer Mitbürger und sind nicht gescheiterte Existenzen, die nach ihrer Heimkehr in ihren Heimatländern oftmals am Rande der Gesellschaft stehen. Das ist die beste Entwicklungshilfe, die Deutschland leisten kann.“

Für Landes-Caritasdirektor Piendl ist klar: „Die Flüchtlinge und die

Debatte um den Umgang mit dem Thema stellen uns als Gesellschaft vor große Herausforderungen. Gerade deshalb sollten wir aber nicht mit Restriktionen agieren, sondern die Ressourcen und Chancen nutzen, die die zu uns kommenden Menschen mitbringen, ihnen Perspektiven aufzeigen und diese auch klar kommunizieren.“

Piendl betonte, dass die Caritas durch die tägliche Arbeit mit Flüchtlingen und Migranten nah an den Schicksalen der Menschen dran sei: „Ziel einer gelungenen Asyl- und Flüchtlingspolitik muss es sein, die Sorgen und Nöte der Menschen ernst zu nehmen, jedes Schicksal individuell zu prüfen und lange Phasen der Unsicherheit für die Betroffenen zu vermeiden. Menschen, die in ihre Heimatländer zurückkehren müssen, sollten darin unterstützt werden, dort so anzukommen, dass sie dort auch bleiben können und möchten.“

Tobias Uppers



DEMOKRATIE FIND' ICH GUT

Demokratie stärken - Menschenwürde schützen

„Demokratie find' ich gut“ ist eine Aktion des Bayerischen Bündnisses für Toleranz. Sie ist eine Einladung zur Auseinandersetzung mit Demokratie. Wir wollen thematisieren, wie viele unterschiedliche Aspekte eine gelebte Demokratie umfasst (Menschenrechte, Minderheitenschutz, Pluralität etc.) und verdeutlichen, an wie vielen Orten es (auch) demokratische Strukturen gibt (z.B. Schulen, Betriebe etc.). Damit wollen wir als Bayerisches Bündnis für Toleranz diese vielfältigen Aspekte von Demokratie stärken, auch indem wir zeigen, wie wir sie leben und gestalten.

In Bayern finden 2018 viele Wahlen statt: beispielsweise zu Pfarrgemeinderat und Kirchenverwaltung, Kirchenvorstand und Betriebsrat. Außerdem natürlich die Landtagswahlen und die Wahlen zu den Migrationsbeiräten. Darüber hinaus wollen wir nicht aus den Augen verlieren, dass an vielen Orten regelmäßig Wahlen stattfinden, etwa in Vereinen oder Schulen. Aus diesem Grund erstreckt sich die Aktion „Demokratie find' ich gut“ nahezu über das ganze Jahr.

Wir beginnen die Aktion Ende April mit Videostatements der Spitzen-

repräsentant*innen unserer Mitgliedsorganisationen. Zwischen Mai und November beteiligen wir die Mitglieder unserer Organisationen und die bayerische Bevölkerung in Form von medialen oder kreativen Einzelaktionen – z.B. bei den Mai-Kundgebungen des DGB, der Eröffnung der Luisenburger-Festspiele, der Langen Nacht der Demokratie, beim Wunsiedler Forum oder der Preisverleihung des Wettbewerbs des Landesschülerrats („#Mitmachen. Du bist Demokratie!!“). Außerdem

werden wir im Juli und im September für jeweils eine Woche mit dem Demokratiebus in Bayern auf Tour sein und in rund fünfzehn verschiedenen Städten mit Menschen vor Ort über Demokratie ins Gespräch kommen.

Die Aktion „Demokratie find' ich gut“ läuft bis November und soll v.a. medial über die Sozialen Medien weitflächig verbreitet werden.

Weitere Informationen unter:

www.demokratie-find-ich-gut.de



Synodaltagung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern vom 15. bis 19. April (v.l.n.r.): Sandra Windisch (Päd. Mitarbeiterin des Bayer. Bündnisses), Dr. Heinrich Bedford-Strohm (Sprecher des Bayer. Bündnisses), Dr. Annekathrin Preidel (Landessynodalpräsidentin) und Martin Becher (Geschäftsführer des Bayer. Bündnisses) Foto: ELKB/Lüters